

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Demokratiefund

2016

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht
und **D**emokratiereform

Als zivilgesellschaftliche Gruppe ist die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratie-reform“ auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Um die Erstellung und Präsentation dieses Demokratiebefundes, dessen Inhalte von den Mitgliedern der Initiative selbstverständlich ehrenamtlich erstellt werden, zu ermöglichen, haben wir uns an die Parlamentsklubs und österreichische Institutionen mit der Bitte um Spenden, Sponsorbeiträge und Inserate gewandt. Unser Dank gilt allen, die uns unterstützt haben.

Wir danken dem ÖVP-Parlamentsklub für das unterstützende Inserat und mehreren Spendern, die ungenannt bleiben wollen.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Demokratiefbefund 2016

vorgelegt am 19.10.2016
durch den Sprecher der Initiative
Heinrich Neisser

An der Erstellung dieses sechsten Demokratiefbefundes der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ haben mitgewirkt:
Hubert Feichtlbauer, Herwig Hösele, Michael Neider,
Heinrich Neisser, Theo Öhlinger, Klaus Poier

Wir danken dem OGM-Institut, insbesondere Wolfgang Bachmayer, Karin Cvrtila und Katharina Hager für ihre Unterstützung.

Weiters danken wir Melanie Sully (Direktorin des Instituts für Go-Governance) und Iris Eisenberger (Leiterin des Instituts für Rechtswissenschaften der Universität für Bodenkultur Wien) für ihre Gastbeiträge, David Campbell (Sektion Political Leadership der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, ÖGPW) für die wissenschaftliche Beratung und Manuel P. Neubauer für die Erstellung des empirischen Demokratiefbefundes.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Inhaltsverzeichnis

Sechster Demokratiebefund – 10 Schwerpunkte

1. Einleitung
2. Ziele der Initiative und des Demokratiebefundes
3. Empirischer Demokratiebefund
 - 3.1. Internationaler Rundblick
 - 3.2. Ausgewählte Umfragedaten: Vertrauen in die österreichische Politik am Tiefpunkt
 - 3.3. ExpertInnenbefragung zum Demokratiebefund 2016
4. Demokratiepolitische Entwicklungen 2015/16 im Spiegel der Initiative
 - 4.1. 2016 – Jahr des Stillstands in der Demokratiereform
 - 4.2. Aufhebung der Stichwahl zum Bundespräsidenten
 - 4.3. Diskussion um dissenting opinion im VfGH
 - 4.4. Verschiebung der aufgehobenen Stichwahl
 - 4.5. Bemerkenswerte Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl – Briefwahl wird immer beliebter – auch international
 - 4.6. Wiederholung der Bezirksratswahl in Wien Leopoldstadt
 - 4.7. Diskussion um Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrecht
 - 4.8. Untersuchungsausschuss
 - 4.9. Föderalismus-, Verwaltungs- und Staatsreform – eine unendliche Geschichte – Gelingt endlich der „Einstieg in den Umstieg“?
 - 4.10. Fragen der innerparteilichen Demokratie
 - 4.11. Brexit und die Demokratiefrage (Gastbeitrag Melanie Sully)
 - 4.12. Nachhaltiger Europadialog als vordringliche Aufgabe
 - 4.13. Politische Bildung
 - 4.14. Neue Technologien: Regulierungsbedarf (Gastbeitrag Iris Eisenberger)
5. Wichtige Detailbereiche
 - 5.1. Reformstau in Österreich – Endlich auflösen, sonst ist ein Absinken in den internationalen Standortrankings unausweichlich
 - 5.2. Entwicklungen in der Justiz
 - 5.3. Medien – Braucht es konstruktiven Journalismus?
 - 5.3.1. Qualität, Unabhängigkeit und Pluralität der „traditionellen Medien“ angesichts der Gefahr von „social media“-Blasen besonders wichtig
 - 5.4. ORF-Befund 2016 – Reform notwendiger denn je – Haushaltsabgabe für alle Medien tabulos diskutieren
6. Zusammenfassung und Forderungen
- 7.1. OGM-Demokratiebefund 2016
- 7.2. ExpertenInnenumfrage – Fragebogen

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Sechster Demokratiebefund – 10 Schwerpunkte

Die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform (IMWD)“ wurde 2008 gegründet. Sie strebt eine lebendigere Demokratie und die Stärkung des Vertrauens in die Politik in Österreich an. Dazu legt die Initiative laufend Positionspapiere und Konzepte vor und führt Veranstaltungen durch. Seit 2011 wird jeweils rund um den österreichischen Verfassungstag alljährlich ein Demokratiebefund präsentiert. (Details siehe www.mehrheitswahl.at bzw. www.demokratie-reform.at)

Daher erhebt die Initiative schwerpunktmäßig folgende **10 Forderungen** an Bundesregierung und Parlament, die auch im sechsten Demokratiebefund festgehalten sind:

- **ein Wahlrecht, das die Bildung einer arbeits- und entscheidungsfähigen Regierung fördert**
- **ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht**
- **Stärkung der direkten und partizipativen Demokratie**
- **die Umsetzung der jahrzehntelang versprochenen und verschleppten Staats-, Verwaltungs- und Föderalismusreform**
- **Stärkung der Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien**
- **eine ORF-Reform, die die unabhängige und qualitätsvolle Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Auftrags von Österreichs größtem Informations- und Kulturmedium zukunftsorientiert sicherstellt**
- **Intensivierung der politischen Bildung**
- **eine wesentlich verstärkte Information über und ein nachhaltiger Dialog zu EU-Themen**
- **Einrichtung eines Demokratiebüros im Parlament**
- **mehr Transparenz und drastische Einschränkung des Amtsgeheimnisses**

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

1. Einleitung

In den fünf bisher vorgelegten Demokratiebefunden für die Jahre 2011ff. wurde auf die Erstarrung der österreichischen Politik und auf Defizite im politischen System hingewiesen. Als besonders bedenklich wurde es angesehen, dass die Parteien- und Politikerverdrossenheit Ausmaße angenommen hat, die ein demokratisches System aushöhlen und die dazu führen, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden und von ihr nichts mehr erwarten. Damit wird die Distanz zur Politik zur Vertrauenskrise. Die im vorliegenden Befund enthaltenen empirischen Ergebnisse, aber insbesondere auch die öffentliche Wahrnehmung der Politik zeigen an, dass diese tiefe Vertrauenskrise im Frühjahr 2016 eine neue Dimension angenommen hat:

Für den ersten Wahlgang zur Bundespräsidentenwahl am 24. April 2016 prophezeite die „Neue Zürcher Zeitung“ eine „historische Zeitenwende“ für das politische System in Österreich. Fest steht jedenfalls: Die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik hat im Frühjahr 2016 ein alarmierendes, die Ergebnisse des Demokratiebefundes 2015 noch übertreffendes, neues Rekordniveau erreicht. Die Kandidaten der Regierungsparteien erzielten zusammen nur mehr rund 22 % der Stimmen.

Das Wahlergebnis war also nicht nur das bisher größte Debakel für SPÖ und ÖVP seit 1945, sondern zeigt auch ein besorgniserregend gewachsenes Misstrauen gegenüber dem „Establishment“ inklusive Meinungsforscher. Die „Flüchtlingskrise“ hat einen bereits seit Jahren sichtbaren Erosionsprozess noch dramatisch verschärft. Eine zunehmende Zahl an Menschen zweifelt an Richtigkeit und Glaubwürdigkeit „offizieller Aussagen“ und ist geneigt, sich von Gerüchten und Parolen leiten zu lassen.

Es ist ein gesamteuropäisches Phänomen, dass Regierende abgestraft werden und rechte und linke Populisten (von Spanien über Polen bis Griechenland) starken Zulauf haben. EU-Skepsis und Nationalismus wachsen – wie zuletzt auch bei der Volksabstimmungen in Großbritannien, aber auch in den Niederlanden. Berechenbarkeit und Stabilität drohen von Irrationalität und Protest abgelöst zu werden. Sicher scheint, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann, aber in welche Richtung es gehen soll und kann, ist offen. Ein Patentrezept gibt es offensichtlich nicht.

Angesehene „elder statesmen und women“ von CDU, CSU, FDP und Grünen veröffentlichten am 12. April 2016 in der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ) unter Führung des Alt-Bundespräsidenten und Verfassungsrechtlers Roman Herzog angesichts der Wahlergebnisse bei mehreren Landtagswahlen in Deutschland, die sie „als Quittung für das kollektive Versagen der arrivierten Parteien“ analysierten, einen dramatischen Aufruf unter dem Titel „Demokratie braucht vitale Parteien“ mit u.a. folgendem Befund: „Wir brauchen eine Revitalisierung der politischen Parteien, ohne die eine repräsentative Demokratie nicht funktionieren kann. Die Verachtung des politischen Establishments bis hin zu zur Ablehnung der etablierten Medien gehört heute zum Topos der mehr und mehr Unzufriedenen.“

Die angesehene Hamburger „ZEIT“ widmete ihre Ausgabe vom 4. August 2016 dem Themenschwerpunkt Demokratie mit folgenden Schlagzeilen auf der Titelseite: „Der Kampf um die Demokratie hat begonnen. Über Jahrzehnte hielten wir unsere Freiheit für etwas Selbstverständliches. Plötzlich aber bedrohen autoritäre Populisten weltweit die liberalen Gesellschaften. Zeit, aufzuwachen.“

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Und am 18. August 2016 heißt es auf der Titelseite der „PRESSE“: „Österreich ist reformunfähig. Das politische System ist laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung weniger zukunftsfähig als jenes der Nachbarländer Schweiz und Deutschland“. In dem Artikel dazu wird wörtlich ausgeführt:

„Österreich schneidet mit der Zukunftsfähigkeit seines politischen Systems im internationalen Vergleich mittelmäßig und in manchen Segmenten sogar schlecht ab. Laut einer auf 136 Indikatoren beruhenden Bewertung kommt das Land in einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung insgesamt lediglich auf Platz 16 aller 41 EU- und OECD-Staaten. Österreich liegt damit klar hinter den skandinavischen Ländern (Ränge 1-3), aber auch hinter der Schweiz (Rang 4) und Deutschland (Rang 6).“ (...) „Problematisch ist dabei nicht zuletzt die geringe Reformfähigkeit des politischen Systems.“

Wie ist es um die Reformfähigkeit tatsächlich bestellt?

Wenige Tage nach dem Debakel beim ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl für die beiden die österreichische Bundesregierung bildenden Parteien trat Werner Faymann als Bundeskanzler zurück. Der neue Bundeskanzler Christian Kern hat gemeinsam mit Vizekanzler Reinhold Mitterlehner einen „New Deal“ und das Anpacken der vielfach verschleppten Reformen in allen Bereichen versprochen. Vielfach wird von der „letzten Chance“ der Koalition von ÖVP und SPÖ gesprochen.

Es wird sich in den nächsten Wochen weisen, ob die Ankündigungen Realität werden oder ob sich die Situation des Herbstes 2014 noch einmal, nur in jetzt noch drastischerer Form wiederholt: Denn nach einem Zwischenhoch nach der am 1. September 2014 erfolgten Regierungsumbildung ist das Vertrauen im Jahr 2015 auf den tiefsten Punkt aller bisherigen Berichtszeiträume gesunken. Bedauerlicherweise ist bislang von einem positiven Effekt des Kanzlerwechsels nichts zu bemerken. Die alljährliche OGM-Exklusivumfrage für den Demokratiebefund zeigt im September 2016 den bisher schlechtesten Vertrauenswert aller sechs Erhebungen.

Trotz Stichwahlaufhebung und „Klebstoffproblem“: Wir sind keine Bananenrepublik

Die Aufhebung der Bundespräsidentenstichwahl durch den Verfassungsgerichtshof und die wegen eines „Klebstoffproblems“ bei den Wahlkarten notwendig gewordene Verschiebung der Wiederholung der Stichwahl vom 2. Oktober auf den 4. Dezember 2016 hat zahlreiche hämische Kommentare bis hin zur „Bananenrepublik“ hervorgerufen. So unangenehm und teilweise peinlich diese Verschiebungen auch sind, tritt die IMWD dieser gefährlichen und ungerechtfertigten Herabwürdigung entgegen und dringt auf eine seriöse und sachliche Diskussion. Die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen funktionieren in Österreich.

Dies gilt auch für das Amt und die Wahl des Bundespräsidenten. Die IMWD hält die Volkswahl des Bundespräsidenten und seine gegenwärtige Stellung im Verfassungsgefüge für prinzipiell richtig. Andernorts besteht viel dringlicherer demokratiepolitischer Reformbedarf.

Die IMWD möchte aus Anlass dieses Berichtes abermals auf die besondere Dringlichkeit einer Wahlrechtsreform hinweisen und hat dazu seit Gründung 2008 immer mit verschiedenen Modellen und bereits im Jänner 2011 durch die Vorlage eines voll ausformulierten Entwurfes anlässlich eines Symposiums im Parlament konkrete Beiträge geleistet.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Qualitätsmedien und öffentlich-rechtlicher Rundfunk sind demokratierelevant

Ein unverzichtbares Element für den notwendigen offenen demokratischen Diskurs sind parteipolitisch und wirtschaftlich unabhängige Medien. Systemrelevant für die Demokratie sind daher Qualitätsmedien und auch ein unabhängiger qualitätsvoller öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Dieses Credo haben die Gründungsmitglieder der IMWD Gerd Bacher, Kurt Bergmann und Bernd Schilcher nicht nur vertreten, sondern auch gelebt. Ihr Vermächtnis ist verpflichtender Auftrag für unsere Initiative, die Diskussionen darüber intensiv weiterzuführen.

Kein kulturpessimistisches Lamento, sondern Appell zum Handeln

Die IMWD wird auf diese Herausforderung immer wieder aufmerksam machen und ihre Expertise einbringen (so wie sie es auch bei der parlamentarischen Enquetekommission getan hat, u.a. durch Mitwirkung zweier Mitglieder – Theo Öhlinger und Klaus Poier – als Experten und von Herwig Hösele beim Hearing). Trotz aller berechtigten Kritik und eines vielfachen Stillstandes ist aus der Sicht der IMWD ein kulturpessimistisches Lamento nicht zielführend. Vielmehr geht der Appell an alle sechs Parlamentsparteien, insbesondere die Regierungsmehrheit, in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode jene auch demokratiepolitisch notwendigen Reformanstrengungen zu setzen, die bisher verschleppt wurden.

Es bleibt eine genuine Aufgabe der IMWD, die Diskussion fälliger Reformen einzumahnen und auf deren Umsetzung zu dringen. Wir halten tiefschürfende Debatten für notwendig und nicht nur oberflächliche Alibiaktionen. Demokratiereform ist eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens, und nicht nur der politischen Klasse. Entscheidungen müssen sorgfältig unter Abwägung aller Umstände verbreitert werden.

Unsere Initiative will dazu einen substanziellen Beitrag leisten.

Wir haben uns um geschlechtersensible und wertschätzende Schreibweise bemüht. Wenn es dennoch im Befund zu Fehlern gekommen sein sollte, bitten wir dies zu entschuldigen.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

2. Ziele der Initiative und des Demokratiebefundes

Die „Initiative Mehrheitswahlrecht“ bildete sich im April 2008 und trat mit einem Manifest unter dem Titel „Für eine lebendige Demokratie – gegen Parteienwillkür“ an die Öffentlichkeit. Die grundlegenden Befunde unseres Manifests aus 2008 sind leider aktueller denn je: Teilweise dramatisch sinkende Wahlbeteiligungen, steigende Zustimmung für Protestparteien wachsende Protest-, Verdrossenheits- und Distanzphänomene, Ansehens- und Vertrauensverlust der Politik, mangelnde Problemlösungskapazität beschreiben den immer drängenderen Reformbedarf. Das Vertrauen in die österreichische Politik ist 2016 bedauerlicherweise auf einen neuen Tiefpunkt gesunken, der die Gefahr demokratischer Erosion mit sich bringt.

Stand zunächst „nur“ das Wahlrecht (stärkere Persönlichkeitsorientierung und leichtere Mehrheitsbildung und damit klarere Verantwortlichkeiten und selbstbewussterer Parlamentarismus) im Mittelpunkt, erweiterte die Initiative 2010 ihren Fokus auf „Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“, wobei im Positionspapier vom Mai 2010 und im erstmals Ende September 2011 vorgelegten „Demokratiebefund“ – der eine alljährliche Einrichtung, veröffentlicht rund um den Jahrestag des Inkrafttretens der Bundesverfassung am 1. Oktober 1920 geworden ist – die direkte Demokratie als wichtiges Korrektiv und substantielle Ergänzung der repräsentativen Demokratie angesehen wird. Generell werden verstärkte Partizipationsmöglichkeiten als wesentlich für die Stärkung und Wiedergewinnung des Vertrauens der BürgerInnen in das politische System Österreichs angesehen.

Neue Balance von selbstbewussten Parlamentariern und direkter Demokratie

Es sollte aber bewusst sein, dass eine Stärkung der direkten Demokratie nicht „die“ Problemlösung für das politische System in Österreich ist, sondern auf sich allein gestellt Stückwerk bleiben muss. Es gilt insbesondere die Stellung des Parlaments als dem zentralen Ort im demokratischen Prozess und das Selbstverständnis der MandatarInnen als seine wesentlichen Akteure zu stärken. Ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht, das die Abhängigkeit von Parteiapparaten verringert und eine direktere Rückkoppelung zu den WählerInnen sicherstellt, ist daher unabdingbar.

Es ist also eine die Demokratie vitalisierende neue Balance von selbstbewussten MandatarInnen und engagierten BürgerInnen zu finden. Das bedingt auch die Förderung von Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Medien, die für die Demokratie systemrelevant sind, und intensivierete politische Bildung und Medienbildung in allen Lebensabschnitten sowie die Nutzung der Chancen, die die digitale Welt für Bürgerpartizipation bietet (Stichwort „liquid democracy“, open space, vgl. Demokratiebefund 2012).

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

3. Empirischer Demokratiebefund

3.1. Internationaler Rundblick¹

Weltweit gibt es verschiedene internationale Studien, die versuchen die Demokratiequalität von Staaten zu beschreiben und diese in Form eines „Demokratierankings“ zu klassifizieren. Da es jedoch kein einheitliches konzeptionelles Verständnis von Demokratie gibt, verwenden diese Studien unterschiedliche Dimensionen/Kategorien und Indikatoren, die in weiterer Folge auch zu einer unterschiedlichen Bewertung von Demokratiequalität führen können. In den folgenden Absätzen soll ein Überblick über die Ergebnisse und Untersuchungsdimensionen verschiedener Demokratiemessungen und die sich dabei ergebende Bewertung der österreichischen Demokratie gegeben werden. Die verwendeten Dimensionen bzw. Kategorien lassen auf ein jeweils engeres oder weiteres Demokratiekonzept schließen.

Das Democracy Ranking misst die Demokratiequalität von Staaten anhand der Kategorien „politisches System“, „Geschlechtergleichstellung“, „Wirtschaftssystem“, „Wissenssystem“, „Gesundheitssystem“ und „Umwelt“. Für die Bewertung der Demokratiequalität werden die Durchschnittswerte in den Kategorien ermittelt und für die Bewertung gewichtet. Bis auf die Dimension „politisches System“ (50 Prozent) werden alle Dimensionen mit je 10 Prozent gewichtet. Die Freedom House-Untersuchung bezieht sich im Wesentlichen auf die Messung von Freiheit, die durch die politischen Rechte und die bürgerlichen Freiheiten in einem Staat bestimmt wird. Es werden für beide Kategorien (mit jeweils drei bzw. vier Unterkategorien) Punkte vergeben. Bezüglich der politischen Rechte können von den befragten ExpertInnen 0 bis 40 Punkte, in Hinblick auf die bürgerlichen Rechte 0 bis 60 Punkte vergeben werden. Die Grundlage für die Bewertung stellt eine Skala von 1 („Bestnote“) bis 7 Punkte dar. Das Polity IV Ranking bezieht die Kategorien „*executive recruitment*“, „*constraints on executive action*“ und „*political competition*“ in seine Untersuchung mit ein. Die Demokratiequalität wird auf einer Skala von -10 (Autokratie) bis +10 (Demokratie) beschrieben. Der Vanhanen's Index of Democracy untersucht die Demokratiequalität von Staaten anhand der Dimensionen „Wettbewerb“ und „Partizipation“. Als Demokratien bezeichnet Vanhanen politische Systeme, die in den beiden Dimensionen „Wettbewerb“ und „Partizipation“ mindestens 30 bzw. 10 Prozentpunkte erhalten². Der Democracy Index steht in direktem Diskussionsbezug zur Freedom House-Messung, da er Demokratie anhand der Kategorien „Wahlprozess und Pluralismus“ (*electoral process and pluralism*), „Funktionieren der Regierung“ (*functioning of government*), „politische Partizipation“ (*political participation*), „politische Kultur“ (*political culture*) und „bürgerliche Freiheiten“ (*civil liberties*)³ misst. Die Ergebnisse werden durch die Berechnung der Durchschnittswerte der erzielten Punkte in den Indikatoren und den einzelnen Kategorien ermittelt. Die Skala reicht von 0 bis 10 Punkte.⁴ Die neu hinzugekommene Messung „Quality of Democracy“ der Bertelsmann-Stiftung misst, mit vier gleich stark gewichteten Kategorien (Electoral Processes, Access to Information, Civil Rights and Political Liberties, Rule of Law), die Qualität der Demokratie. Er orientiert sich an der Verwirklichung

¹ Für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Kapitels danken wir Mag.^a Lisa Wewerka, Antonia Csuk, Bakk., Mag.^a Lena Sophie Franke, Mag. Lorenz Krasser, Christina Trapp und Mag. Bernhard Turni.

² Vgl. David F.J. Campbell/Thorsten D. Barth: *Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich*, In SWS-Rundschau (49.Jg.) Heft 2/2009: 214 ff.; vgl. auch David F.J. Campbell/Thorsten D. Barth/Paul Pözlbauer/Georg Pözlbauer: *Democracy Ranking (Edition 2012): The Quality of Democracy in the World*. Wien 2012: Democracy Ranking (Books on Demand); David F.J. Campbell: *Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive*, 293-315, in: Ludger Helms/David M. Wineroither (Hrsg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Baden-Baden 2012: Nomos.

³ Campbell/Barth, 215.

⁴ Ibid, 215.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

der grundlegenden demokratischen Standards im institutionellen und organisatorischen Bereich, die im gesamten durch 15 qualitative Indikatoren erhoben werden. Die Länder werden untereinander durch Ränge und eine Punkteanzahl verglichen. 10 ist die maximal zu erreichende Punktezahl, 0 die niedrigste.⁵

Österreich erzielt bei diesen „Demokratierankings“ im Vergleich mit China, den EU-28-Staaten, Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika grundsätzlich gute Ergebnisse bezüglich seiner Demokratiequalität. In der Freedom House 2016- und Polity IV-Messung erzielt Österreich wieder jeweils die höchst mögliche Punktezahl. Im Democracy Index 2015 ist Österreich unter den Top 15 Staaten zu finden. Im Vergleich zu 2012 verlor Österreich jedoch zwei Plätze und findet sich nunmehr auf Platz 14. Unterschiede lassen sich vor allem im Vergleich zum Vanhanen's Index of Democracy und zur Quality of Democracy Messung erkennen. Österreich liegt nach dem Vanhanen's Index of Democracy aus dem Jahr 2000 im besseren Mittelfeld. Das schlechte Abschneiden der USA liegt vor allem an der vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung der Bevölkerung. Wie im Vorjahr erzielt Österreich im Democracy Ranking Platz 11 und bleibt damit hinter einer Reihe von europäischen Staaten zurück:

1. Norwegen
2. Schweiz
3. Schweden
4. Finnland
5. Dänemark
6. Niederlande
7. Deutschland
8. Neuseeland
9. Irland
10. Belgien
- 11. Österreich**

Weniger gut schneidet Österreich bei SGI – Sustainable Governance Indicators, Quality of Democracy Index, der Bertelsmann-Stiftung ab. Hier liegt Österreich mit Platz 18 (Wert 7,5) nur im Mittelfeld. An der Spitze finden sich die skandinavischen Staaten Schweden (9,2), Finnland (9,1), Dänemark und Norwegen (ex aequo Platz 3., 8,9). Vor Österreich liegen etwa auch Polen (Platz 8., 8,4) und Estland (Platz 9., 8,3) sowie Litauen (Platz 10., 8,1), Lettland (Platz 13., 7,9) und Slowenien (Platz 15., 7,6). Das unterdurchschnittliche Abschneiden Österreichs bei diesem Index wird vor allem durch die Existenz eines stark konzentrierten Printmediensektors, der Gefahr läuft durch politische Werbung der Regierung beeinflusst zu werden, begründet.⁶

⁵ http://www.sgi-network.org/2015/Democracy/Quality_of_Democracy (24.08.2016).

⁶ http://www.sgi-network.org/2015/Democracy/Quality_of_Democracy (24.08.2016).

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

	Democracy Ranking 2015 ^a	Freedom House 2016 ^b	Polity IV 2014 ^c	Vanhanen's Index of Democracy 2000 ^d	Democracy Index 2015 ^e	SGI – Sustainable Governance Indicators Quality of Democracy ^f
Belgien	10 (81,52)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	42,72	Flawed democracy (7,93)	20 (7,4)
Bulgarien	42 (64,96)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	24,16	Flawed democracy (7,14)	35 (5,8)
China	106 (40,84)	Not Free (7/6)	Autocracy (-10 bis -6)	0,00	Authoritarian regime (3,14)	keine Daten verfügbar
Dänemark	5 (85,22)	Free (1/1)	Full democracy (10)	44,39	Full democracy (9,11)	3 (8,9)
Deutschland	7 (82,00)	Free (1/1)	Full democracy (10)	35,53	Full democracy (8,64)	5 (8,8)
Estland	21 (74,48)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	24,07	Flawed democracy (7,85)	9 (8,3)
Finnland	4 (85,99)	Free (1/1)	Full democracy (10)	35,60	Full democracy (9,03)	2 (9,1)
Frankreich	14 (79,33)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	41,65	Flawed democracy (7,92)	26 (7,0)
Griechenland	41 (66,02)	Free (2/2)	Full democracy (10)	35,87	Flawed democracy (7,45)	28 (6,9)
Irland	9 (81,70)	Free (1/1)	Full democracy (10)	30,13	Full democracy (8,85)	10 (8,1)
Italien	27 (71,60)	Free (1/1)	Full democracy (10)	45,64	Flawed democracy (7,98)	23 (7,2)
Lettland	31 (71,16)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	27,57	Flawed democracy (7,37)	13 (7,9)
Litauen	26 (71,78)	Free (1/1)	Full democracy (10)	28,16	Flawed democracy (7,54)	10 (8,1)
Luxemburg	keine Daten verfügbar	Free (1/1)	Full democracy (10)	29,10	Full democracy (8,88)	14 (7,8)
Malta	keine Daten verfügbar	Free (1/1)	keine Daten verfügbar	33,74	Full democracy (8,39)	37 (5,5)
Niederlande	6 (83,60)	Free (1/1)	Full democracy (10)	38,42	Full democracy (8,92)	18 (7,5)
Neuseeland	8 (81,85)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	34,91	Full Democracy (9,26)	7 (8,5)
Norwegen	1 (88,13)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	37,93	Full Democracy (9,93)	3 (8,9)
Polen	30 (71,26)	Free (1/1)	Full democracy (10)	22,30	Flawed democracy (7,09)	8 (8,4)
Portugal	17 (76,15)	Free (1/1)	Full democracy (10)	28,06	Flawed democracy (7,79)	20 (7,4)
Rumänien	44 (64,51)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	20,66	Flawed democracy (6,68)	39 (5,1)
Russland	98 (45,55)	Not Free (6/6)	Open Anocracy (1 bis 5)	29,20	Authoritarian regime (3,31)	keine Daten verfügbar
Schweden	3 (86,60)	Free (1/1)	Full democracy (10)	37,69	Full democracy (9,45)	1 (9,2)
Schweiz	2 (87,01)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	39,96	Full Democracy (9,09)	6 (8,6)
Slowakei	35 (68,26)	Free (1/1)	Full democracy (10)	39,65	Flawed democracy (7,29)	26 (7,0)
Slowenien	18 (76,13)	Free (1/1)	Full democracy (10)	29,04	Flawed democracy (7,57)	15 (7,6)
Spanien	19 (75,87)	Free (1/1)	Full democracy (10)	31,89	Full democracy (8,30)	29 (6,8)
Österreich	11 (80,07)	Free (1/1)	Full democracy (10)	37,94	Full democracy (8,54)	18 (7,5)
Tschechien	29 (71,26)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	39,26	Flawed democracy (7,94)	25 (7,1)
Ungarn	38 (67,59)	Free (2/2)	Full democracy (10)	25,42	Flawed democracy (6,84)	41 (4,1)
USA	16 (77,57)	Free (1/1)	Full democracy (10)	34,47	Full democracy (8,05)	10 (8,1)
Vereinigtes Königreich	12 (80,00)	Free (1/1)	Full democracy (10)	30,15	Full democracy (8,31)	20 (7,4)
Zypern	33 (69,97)	Free (1/1)	Full democracy (10)	31,85	Flawed democracy (7,53)	32 (6,2)

Tabelle 1, Eigene Darstellung

^a http://democracyranking.org/ranking/2015/data/scores_of_the_democracy_ranking_2015_A4.pdf (23.08.2016); ^b https://freedomhouse.org/sites/default/files/FH_FITW_Report_2016.pdf (23.08.2016);

^c <http://www.systemicpeace.org/Vlibary/GlobalReport2014.pdf> (23.08.2016); ^d <http://www.prio.no/Data/Governance/Vanhanens-index-of-democracy/Polyarchy-Dataset-Downloads/> (24.08.2016); ^e

<http://www.yabiladi.com/img/content/EIU-Democracy-Index-2015.pdf> (24.08.2016); ^f http://www.sgi-network.org/2016/Democracy/Quality_of_Democracy (24.08.2016)

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

3.2. Ausgewählte Umfragedaten:

Vertrauen in die österreichische Politik am Tiefpunkt

Nachdem schon im Demokratiebefund 2015 aufgrund der demoskopischen Daten ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung und ein noch nie erreichter Grad der Enttäuschung registriert werden musste, welche eigentlich als kaum übertreffbar angesehen wurden, brachte das Frühjahr 2016 mit dem ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl einen noch dramatischeren Ausdruck des Protestes. Für den ersten Wahlgang zur Bundespräsidentenwahl am 24. April 2016 prophezeite die „Neue Zürcher Zeitung“ eine „historische Zeitenwende“ für das politische System in Österreich.

Eine im „Standard“ am 22. August 2016 publizierte Market-Umfrage hat ergeben, dass nur 23 % der Befragten sagen, Österreich entwickelt sich in die richtige Richtung. 68 % meinen, dass es nicht in die richtige Richtung geht.

Und in einer weiteren Umfragepräsentation durch Conrad Seidl im „Standard“ vom 29. August 2016 heißt es im entsprechenden Artikel „Nur 34 Prozent der Wahlberechtigten sind mit der Demokratie, wie sie praktiziert wird, zufrieden. Der vordringlichste Wunsch: mehr Mitsprache (...) 52 Prozent sagten darauf, dass sie sich grundlegende Änderungen wünschen – nur 34 Prozent sind mit der Funktionsweise des Systems alles in allem zufrieden (die Schwankungsbreite beträgt fünf Prozent). ‚Das heißt nicht, dass die Leute gegen die Demokratie sind, sie wollen im Gegenteil mehr gehört werden‘, warnt Market-Chef Werner Beutelmeyer vor Fehlinterpretationen.“

72 % sind laut „Market“ der Meinung, dass über Volksbegehren mit hoher Beteiligung zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte, 66 % wollen den Bundeskanzler und die Landeshauptleute direkt wählen, 7 % sind für eine Bündelung von Wahlterminen auf einen „Supersonntag“, 46 % für verbindliche Volksabstimmungen zweimal im Jahr.

Politikforscher Peter Filzmaier konstatierte im „Kurier“ vom 23. September 2016, die allgemeinen Umfragewerte signalisierten, „wie sehr es in Österreich eine wachsende Demokratiemüdigkeit gibt. Das ist ungleich dramatischer als die bereits bekannte Parteien- und Politikerunzufriedenheit.“

Auch die OGM Exklusivumfrage für die IMWD vom 20. bis 22. September 2016 zeigt ein deprimierendes Bild:

82 % haben wenig bis gar kein Vertrauen in die Politik (2015: 78 %, 2014: 70 %), wobei die Gruppe, die angibt, gar kein Vertrauen zu haben auf 31 % angestiegen ist. Ein ähnliches, noch schlechteres Ergebnis brachte die Frage nach den Politikern. In sie setzen 89 % wenig bis gar kein Vertrauen, wobei der Prozentsatz derer, die völligen Vertrauensverlust konstatieren, auf 35 % gestiegen ist.

Auch im längerfristigen 5-Jahresvergleich betonen 77 %, dass das Vertrauen gesunken ist, während es im Vorjahr 74 % und 2014 nur 58 % waren. Dass der Kanzlerwechsel für das Bild der Regierungsarbeit bisher eigentlich nichts gebracht hat, zeigt auch die Feststellung von 52 %, dass die Problemlösungskapazität der Bundesregierung im letzten Jahr gesunken ist, während nur 12 % eine höhere registrieren und 32 % ein Gleichbleiben wahrnehmen. Auch die Erwartung für das kommende Jahr ist sehr gering: 42 % erwarten ein weiteres Absinken, 32 % ein Gleichbleiben und nur 21 % eine Zunahme der Problemlösungskraft.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Etwas milder als in der Bevölkerungsumfrage fällt die Beurteilung durch die ExpertInnen in der alljährlichen Befragung aus.

3.3. ExpertInnenbefragung Demokratiebefund 2016⁷

Wie in den vergangenen Jahren wurden von uns auch für den „Demokratiebefund 2016“ ExpertInnen aus Österreich mittels eines einheitlichen Fragebogens befragt. Die Befragung fand im August 2016, damit noch vor der Verschiebung der Wiederholung der (aufgehobenen) Stichwahl des Bundespräsidenten statt. Unsere Einladung hierzu erging wiederum an jeweils 50 Personen aus den vier Bereichen Wissenschaft, Medien, Wirtschaft/Interessenvertretung sowie Zivilgesellschaft. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde auf sachliche Ausgewogenheit in Bezug auf Geschlecht sowie institutionelle und regionale Herkunft geachtet. Insgesamt haben sich – damit ähnlich wie in den Vorjahren – 72 der 200 eingeladenen ExpertInnen an der Befragung beteiligt.

Alles in allem bewerten die befragten ExpertInnen die österreichische Demokratie insgesamt in einem Schulnotensystem weiterhin mit einem „Befriedigend“: Als Mittelwert ergibt sich eine Note von 2,78, was eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (2,93) bedeutet. Aufgegliedert auf die verschiedenen Ebenen schneidet die Gemeindeebene mit 2,33 (2015: 2,37) weiterhin am besten ab, während die Länder (2016: 2,81, 2015: 2,88) und vor allem die Bundesebene (2016: 2,96, 2015: 3,01) schwächer abschneiden, wobei letztere heuer wieder deutlich besser als die in der Einschätzung nochmals verschlechterte Demokratie auf europäischer Ebene (2016: 3,51, 2015: 3,46) bewertet wird. Im Vergleich der Demokratie in Österreich zur Demokratie in anderen Staaten wird die Demokratie in der Schweiz (1,63) und in Deutschland (2,21) weiterhin wesentlich besser beurteilt. Die Demokratie in Großbritannien (2,69), in den USA (2,99), in Frankreich (3,23) und im EU-Durchschnitt (3,25) wird in etwa gleich eingeschätzt. Die Demokratie in Italien (3,48), in Tschechien (3,60), in Spanien (3,62), in Griechenland (3,76) wird schlechter, die Demokratie in Ungarn (4,35) wesentlich schlechter beurteilt wird. Der Demokratie in der Türkei (2016: 4,86, 2015: 4,62) wird diesmal wie der Demokratie in Russland (4,82) und China (4,92) ein „Nicht genügend“ attestiert. Auffallend ist, dass sich diese Einschätzung der ExpertInnen weitgehend mit dem internationalen „Democracy Ranking“ deckt.

Mehr ExpertInnen als in den Vorjahren sind 2016 der Meinung, dass die Demokratie in Österreich im letzten Jahr (2016: 10=14 %, 2015: 4, 2014: 7, 2013: 11 Nennungen) bzw. in den letzten 5 Jahren (2016: 8=11 %, 2015: 6, 2014: 7, 2013: 12 Nennungen) besser geworden sei. Eine nach wie vor größere, wenn auch etwas kleiner gewordene Zahl sieht Verschlechterungen im letzten Jahr (2016: 22=31 %, 2015: 23, 2014: 25; 2013: 17; 2012: 29 Nennungen) und in den letzten 5 Jahren (2016: 24=34 %, 2015: 25, 2014: 32; 2013: 20; 2012: 40 Nennungen). Die überwiegende Mehrheit ist weiterhin der Meinung, dass sich auf kurze Zeit auch nur wenig daran ändern wird, wobei die 1-Jahres-Prognose mit 15 % (besser) zu 26 % (schlechter) negativer ausfällt als die 5-Jahres-Prognose mit 28 % (besser) zu 28 % (schlechter).

Hinsichtlich der drei „Staatsgewalten“ wird der Bundesregierung weiterhin die schlechteste Note ausgestellt, wobei sich der Wert neuerlich verbessert hat: 3,22 (2015: 3,55, 2014: 3,88, 2013: 3,37), und nur mehr knapp schlechter als die Bewertung des Parlaments mit 3,15; die

⁷ Für die Unterstützung bei der Durchführung der ExpertInnenbefragung danken wir Mag. Manuel P. Neubauer.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Bewertung der Justiz verbesserte sich ebenso nochmals (2016: 2,69, 2015: 2,78, 2014: 2,92, 2013: 2,93, 2012: 3,15, 2011: 3,50). In Bezug auf einzelne abgefragte Themenbereiche wird die österreichische Politik 2016 hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung (2,75), der Stärkung der unabhängigen Justiz 2,79, der Korruptionsbekämpfung (2,89), der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (2,90) und dem Klima- und Umweltschutz (2,99) am besten beurteilt. Es folgen Digitalisierung (3,09), Gesundheit und Pflege (3,17), Budget (3,28), dann – stark verbessert – Reform der Landesverteidigung 3,29 (2015: 4,32), Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (3,31), Wissenschaft und Forschung (3,38), Umgang mit Bürgerinteressen (3,44), Europa (3,50), Stärkung des Wirtschaftsstandorts (3,52) und Migration und Integration 3,60 (2015: 3,71, 2014: 2,88). Am schlechtesten beurteilt wird die Politik neuerlich in Bezug auf Föderalismusreform (4,47), Verwaltungsreform (4,26), Pensionsreform (4,00) und Bildung (3,85).

Bei der Möglichkeit der freien Nennung von drei Themen, auf die die österreichische Politik im nächsten Jahr einen besonderen Schwerpunkt legen soll, wurde 2016 noch stärker als 2015 Bildung (47 Nennungen, 2015: 34) vor Asyl/Migration/Integration (34 Nennungen, 2015: 31) am häufigsten genannt. Danach folgen Wirtschaft & Standortpolitik (20 Nennungen), Verwaltungs-, Staats- bzw. Föderalismusreform (18 Nennungen), Soziales/Arbeit (21 Nennungen), Wissenschaft & Forschung sowie Budgetkonsolidierung (je 11 Nennungen).

Bei der Frage nach den größten Gefahren und Problemen für die Demokratie in Österreich in den kommenden fünf Jahren wurden Migration und Flüchtlingsproblematik (30 Nennungen), Demokratie- und Systemverfall (29 Nennungen) sowie Populismus (27 Nennungen) genannt. Danach folgen fehlende Reformkraft/Reformstau/Große Koalition (23 Nennungen), Arbeitslosigkeit/soziale und wirtschaftliche Probleme (22 Nennungen) und im Gegensatz zu vergangenen Jahren wesentlich stärker betont die Qualität der Medien und der Journalisten (17 Nennungen).

Als die wichtigsten Maßnahmen zur Demokratiereform in Österreich werden 2016 der Ausbau der politischen Bildung (1,65), die Entpolitisierung des ORF (1,73), die Stärkung der unabhängigen Justiz (1,83), eine höhere Transparenz der Parteienfinanzierung 1,92 (2015: 1,66) sowie die stärkere Personalisierung des Wahlrechts (2016: 1,93, 2015: 2,13) angesehen. Es folgen mit deutlichem Abstand die Direktwahl der BürgermeisterInnen in ganz Österreich (2,53), der Ausbau der direkten Demokratie (2016: 2,58, 2015: 2,36), die Einführung eines Mehrheitswahlrechts (2016: 2,85, 2015: 2,99), die Beschränkung der Funktionsperioden von PolitikerInnen (2,94) sowie die terminliche Konzentration der verschiedenen Wahlen in Österreich auf einen „Superwahlsonntag“ (3,03). Als am wenigsten wichtig werden 2016 die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben, (2016: 3,51, 2015: 2,81), die Stärkung des Verhältniswahlrechts (3,48) und die Direktwahl der Landeshauptleute (3,20) beurteilt.

Hinsichtlich von Regierungskonstellationen, die den Zustand der Demokratie in Österreich verbessern bzw. verschlechtern, werden „Kleine Koalitionen“ aus SPÖ oder ÖVP und einer anderen Partei (2,64) und Alleinregierungen (2,71) weiterhin wesentlich besser als Allparteienkoalitionen (4,37), die „Große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP (3,76) und Drei- oder Mehrparteienkoalitionen, wobei bei einer solchen die gleichzeitige Einbeziehung von SPÖ und ÖVP schlechter beurteilt wird (3,35) als Varianten mit bloß einer der beiden „Großparteien“ und mehreren kleineren Parteien (3,09).

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Die aktuelle Situation Österreichs bezogen auf Political Leadership wurde mit insgesamt 3,49 eher unterdurchschnittlich bewertet. Am besten wurde wiederum die Gemeindeebene (2,62) beurteilt, es folgen Landesebene (2,77), Zivilgesellschaft (3,05) sowie – bei einer deutlich unterschiedlicheren Bewertung als im Vorjahr – Regierungsparteien (2016: 3,37, 2015: 3,80), die nun klar vor den Oppositionsparteien liegen (2016: 3,59, 2015: 3,30). Am schlechtesten wurde diesmal die europäische Ebene (2016: 3,87, 2015: 3,21) bewertet, während die Bundesebene (2016: 3,51, 2015: 4,04) deutlich besser bewertet wurde.

Von den vorgegebenen Vorschlägen, die Bedingungen für Political Leadership positiv zu beeinflussen, wurden gut ausgebildete JournalistInnen (1,40), frühere und qualitativ bessere politische Bildung an den Schulen (1,72), gelebte Rücktrittskultur inklusive Comeback-Möglichkeiten (1,80) und transparente Listenerstellung (1,83) neuerlich am besten beurteilt. Es folgen Persönlichkeitswahlkreise (2,04), Listenerstellung mit direktdemokratischen Mitteln (2,11), mehr und bessere Beteiligungsmöglichkeiten für Parteiunabhängige bieten (z.B. Wahlbeisitz) (2,11), Revolving-Door Regeln für Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft erstellen (2,20), Fortbildungsangebote für PolitikerInnen auch jenseits von Parteiakademien (2,38) und die Direktwahl von mehr politischen Institutionen (wie Landeshauptleuten und BürgermeisterInnen) (2,55). Am schlechtesten wurden Gender-Mainstreaming (z.B. verpflichtende Mindestquoten) (3,29), zeitliche Beschränkung („term limits“) für Regierungsämter (2,92) und Wiederwahlbeschränkungen für alle politischen Funktionen (2,83).

Besonderer Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Political Leadership wird besonders in der Förderung des Bewusstseins für persönliche Verantwortung der PolitikerInnen (1,46), im Schutz der Unabhängigkeit der Medien (1,46), in der Gewährleistung unabhängiger Justiz (1,54), in der internen Reform der politischen Parteien (1,55), in der Förderung des gesellschaftspolitischen Diskurses (1,62), in der Erhöhung der Durchlässigkeit der Politik (für „QuereinsteigerInnen“, auch „AusteigerInnen“) (1,82) und in mehr Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung (1,96) gesehen. Weniger stark – wenn auch noch immer überdurchschnittlich – wird der Handlungsbedarf gesehen Social Media (facebook, Twitter...) rechtlich besser erfassen (2,16), in größeren Handlungsspielräumen für EntscheidungsträgerInnen (2,23), in der Stärkung inner- und außerparlamentarischer Oppositionsrechten (2,37) sowie in der Förderung der Gleichstellung (sowohl nach Gender, als auch soziale Herkunft, Minderheiten...) (2,70).

Größte Zustimmung bekamen die Aussagen, dass einzelne „schwarze Schafe“ den Ruf der gesamten politischen Klasse schädigen und insofern eine strenge Korruptionsbekämpfung auch gerade im Interesse und zum Schutz von PolitikerInnen sei (1,53) sowie dass die Abwahl von PolitikerInnen entscheidend für Demokratiequalität sei (1,75). Weniger stark, aber ebenso überdurchschnittlich wurden den Aussagen zugestimmt, dass die „Abwahl“ von PolitikerInnen auch eine Chance und nicht nur eine „Niederlage“ ist (2,26), dass PolitikerInnen die Begrenzung von Amtszeiten und von Wiederwahlmöglichkeiten zu bestimmten Ämtern (Funktionen) als etwas Positives sehen sollen (2,27), dass größere Diversität in politischen Funktionen, sowohl was Gender, als auch soziale Herkunft, Minderheiten... angeht, zu mehr Demokratiequalität beiträgt (2,34) und dass sich die Demokratiequalität erhöht, wenn Amtszeiten und Wiederwahlmöglichkeiten begrenzt sind (2,55).

Hinsichtlich der Auswirkungen der „Brexit“-Abstimmung haben 27 % der Experten die Meinung vertreten, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die demokratiepolitische Entwicklung Europas verbessern (24 %) oder sehr verbessern (3 %) wird, während

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

36 % der Experten der Meinung sind, dass sie sich verschlechtern (27 %) bzw. sehr verschlechtern (9 %) wird.

Hinsichtlich der Bundespräsidentenwahl 2016 in Österreich ist eine große Mehrheit von fast 66 % der Experten der Meinung, dass diese Wahl das politische Interesse der Bürger in Österreich vermehrt (51 %) bzw. sehr vermehrt (14 %) hat, während nur eine Minderheit der Meinung ist, dass sie das Interesse vermindert (13 %) bzw. sehr vermindert (1 %) hat. Gleichzeitig sind aber auch 39 % der Experten der Meinung, dass durch die Wahl und die folgenden Ereignisse die Politikverdrossenheit in Österreich (sehr) erhöht hat, während nur 20 % der Meinung sind, dass diese (sehr) gesenkt wurde. Hinsichtlich der Wiederholung der Stichwahl sind 45 % der Experten der Meinung, dass diese aus demokratiepolitischer Sicht eine (sehr) negative Wirkung hat, während nur 24 % eine (sehr) positive Wirkung sehen.

Die ebenso im Zusammenhang mit der Briefwahl in Diskussion geratene Briefwahl halten 86 % der Experten für eine sehr gute (55 %) bzw. gute (31 %) Einrichtung, während sie nur 10 % für eine schlechte (7 %) bzw. sehr schlechte (3 %) Einrichtung halten. Bei einer Reform der Briefwahl plädieren sogar 59 % der Experten für einen Ausbau bzw. eine Erleichterung, während sich nur 19 % für eine Einschränkung bzw. Erschwerung aussprechen.

Die Überwachung der Wahl und die Auszählung der Stimmen durch ehrenamtliche, von den wahlwerbenden Parteien nominierte Wahlbeisitzer in Österreich halten 42 % für eine sehr gute und weitere 43 % für eine gute Einrichtung, während kein einziger Experte (0 %) darin eine schlechte oder sehr schlechte Einrichtung sieht. Sehr heterogen ist die Meinung zur Reformidee, dass Bürger wie im Schöffensystem verpflichtet werden sollten, als Wahlbeisitzer zu fungieren. 13 % der Experten halten dies für eine sehr gute, 28 % für eine gute, 21 % für eine schlechte und 24 % für eine sehr schlechte Reformidee. Große Zustimmung findet hingegen der Vorschlag, dass die Stimmenauszählung wie in Deutschland öffentlich stattfinden sollte. 80 % halten dies für eine (sehr) gute, nur 4 % für eine (sehr) schlechte Reformidee.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

4. Demokratiepolitische Entwicklungen 2015/16 im Spiegel der Initiative

Die IMWD legt heuer bereits zum sechsten Mal ihren Demokratiefbefund vor. Dieser Demokratiefbefund wird alljährlich rund um den 1. Oktober, dem Jahrestag des Inkrafttretens der Bundesverfassung 1920, veröffentlicht, um über Fortschritte bzw. Rückschläge, Problemstellungen und Zielvorstellungen der Demokratie in Österreich zu berichten. Auch wenn man berücksichtigt, dass es um die Demokratie in vielen Staaten der Welt nicht zum besten steht, so ist auch der internationale Vergleich ernüchternd.

Im Jahr 2010 hat die Initiative ein Programm mit sechs politischen Schwerpunkten vorgelegt:

1. Enquetekommission für eine Wahlrechtsänderung
2. Superwahlsonntag, um nicht durch Dauerwahlkämpfe und ängstliches Schielen auf Zwischenwahltermine die notwendige Reformarbeit zu lähmen
3. Bürgermeisterdirektwahlen in allen 9 Bundesländern
4. Kandidatenfindung durch stärkere Einbeziehung der WählerInnen (etwa Vorwahlen)
5. Sorgfältiger Umgang mit Volksbegehren
6. Forcierung von Elementen der direkten Demokratie

In den fünf vorangegangenen Demokratiefbefunden wurden seit 2011 regelmäßig folgende Forderungen erhoben:

- ernsthafte Befassung des Parlaments mit Demokratie- und Wahlrechtsreform
- seriöse Europakommunikation
- Erleichterung des Zugangs zur direkten Demokratie
- transparente Parteien- und Medienfinanzierung
- Reform des Föderalismus
- Entparteiopolitisierung des ORF
- bessere politische Bildung
- Beschlussfassung eines Informationsfreiheitsgesetzes

Die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu demokratiepolitischen Fragen wurde von den Vertretern aller Parlamentsparteien bereits vor der letzten Nationalratswahl 2008 aufgrund eines von der Initiative vorgelegten Fragebogens angekündigt und zugesagt. Allein sie fand in der Legislaturperiode 2008–2013 nicht statt – erst im Dezember 2014 kam es wenigstens für den Bereich der direkten Demokratie dazu – mit allerdings enttäuschenden Ergebnissen.

Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode aus dem Herbst 2013 findet sich unter dem Titel „Politische Partizipation und Grundrechte“ Folgendes angekündigt:

- Direkte Demokratie stärken
- Wahlrecht personalisieren
- Regeln des Mandats- und Amtsverlusts verschärfen
- Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis.

Nur hinsichtlich der vergleichsweise nicht gerade bedeutsamen Verschärfung der Regeln des Mandats- und Amtsverlustes konnte bislang eine einigermaßen befriedigende Lösung gefunden werden.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

4.1. 2016 – Jahr des Stillstandes in der Demokratiereform

Die **Stärkung der direkten Demokratie** war bekanntlich 2015 das Thema einer parlamentarischen Enquetekommission, die ihre letzte Sitzung am 16. September 2015 abhielt. Das Ergebnis war, wie im Demokratiebericht 2015 berichtet, äußerst spärlich: Der Spielraum der Länder zur Gestaltung direktdemokratischer Instrumente auf Landes- und Gemeindeebene soll erweitert werden. Auf Bundesebene soll die parlamentarische Behandlung von Volksbegehren verbessert werden. (Ausdrücklich genannt wurde die Einführung eines „Abstimmungsbüchleins“ nach Schweizer Vorbild.) Schließlich wurde die Einrichtung einer Crowdsourcing-Plattform nach finnischem Vorbild angekündigt, die allen Bürgern die Gelegenheit geben soll, an bestimmten Gesetzesprojekten von Anfang an mitzuwirken. Bis zur Sommerpause des Parlaments hat sich in keinem einzigen dieser Punkte etwas sichtbar bewegt. Erst Mitte Juli 2016 wurde ein Entwurf des Innenministeriums dem Nationalrat übermittelt, der elektronische Unterstützungserklärungen für Volksbegehren ermöglichen könnte: in einem kleinen Punkt eines sehr bescheidenen Pakets eine erste Bewegung, aber noch nicht mehr.

Keinerlei Initiativen gab es im abgelaufenen Jahr in Bezug auf eine **Personalisierung des Wahlrechts**. Und auch in der Reform des **Amtsgeheimnisses** ist keinerlei Fortschritt erzielt worden. Es spießt sich, wie schon vor einem Jahr berichtet, offensichtlich an der Einrichtung eines Informationsbeauftragten. Für Herbst 2016 wurde nun ein neuer Anlauf angekündigt.

Was die Demokratiereform betrifft, herrschte also in Berichtsjahr im Wesentlichen Stillstand.

4.2. Aufhebung der Stichwahl zum Bundespräsidenten

Ein bedeutendes, wenngleich demokratiepolitisch ambivalentes Ereignis des Jahres 2016 war die **Aufhebung der Stichwahl zum Bundespräsidenten** durch den VfGH. Das Verfahren und die Entscheidung haben wie kaum in einem anderen Fall der fast hundertjährigen Geschichte dieses Gerichtshofs die Öffentlichkeit bewegt. Der VfGH stellte bezüglich der Auszählung der Briefwahlstimmen eine Fülle von Gesetzesverletzungen fest. Er hielt allerdings auch ausdrücklich fest, dass dabei keinerlei Indizien auf Fälschungen des Wahlergebnisses hindeuten. Die Wahlkommissionen selbst hatten mit den Stimmen aller von den Parteien nominierten Beisitzern die Korrektheit der Stimmenauszählung bestätigt. Man kann wohl davon ausgehen, dass sie das in einem berechtigten, auf Erfahrung basierenden Vertrauen auf die Korrektheit der beamteten Vorsitzenden getan haben. Bedauerlich ist vor allem, dass in Gefolge der Anfechtung der Wahlen dieses zivilgesellschaftliche, sich selbst regulierende und insofern sehr demokratische System der Wahlkontrolle in der Öffentlichkeit in Misskredit geraten ist. Es bietet in Wahrheit nämlich eine bessere Gewähr für eine korrekte Wahl als alle formalen Detailregelungen.

Der VfGH hat allerdings die Wahl noch aus einem weiteren Grund aufgehoben: wegen der vorzeitigen Veröffentlichung von Teilergebnissen in Wahlsprengeln, die vor 17.00 Uhr schlossen. Die Verbreitung dieser Ergebnisse im Internet dürfte bei dieser Wahl in der Tat ein bislang nicht geahntes Ausmaß erreicht haben. Hier scheint von der Hauptwahlbehörde, die diese Bekanntgabe an ausgewählte Journalisten und Forschungsinstitute unter einer Sperrfrist seit langem erlaubt, die Gefahr von Missbräuchen und Rechtsverletzungen offensichtlich unterschätzt worden zu sein. Wenn man der Ansicht ist, dass Teilergebnisse nicht generell vorzeitig bekanntgegeben werden sollen, weil dies das Verhalten einzelner Wähler

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

beeinflussen könnte – und dafür gibt es gute Gründe –, so war dies bei dem extrem knappen Wahlergebnis in der Tat ein Faktor, dessen tatsächlicher Einfluss auf das Wahlergebnis – anders als die Verletzung formaler Regeln der Auszählung – nicht ausgeschlossen werden konnte.

4.3. Diskussion um dissenting opinion im VfGH

Nach der Aufhebung der Stichwahl entstand in der Öffentlichkeit auch eine neuerliche Diskussion über mögliche abweichende Stellungnahmen von Verfassungsrichtern („**dissenting opinion**“). Dieser Vorschlag wurde vor Jahren bereits im Rahmen einer Enquete im Parlament diskutiert, dann aber nicht aufgegriffen. Die Pro- und Contra-Argumente einer solchen Regelung haben sich im Wesentlichen seither nicht geändert: Dafür spricht eine höhere Transparenz, insbesondere indem deutlich wird, dass es in Höchstgerichten unterschiedliche (Rechts-)Positionen gibt. Unterlegene Ansichten werden dann zwar als Minderheitsmeinung, aber nicht als unvertretbar erkennbar. Dagegen wird vorgebracht, eine solche Regelung würde den (politischen) Druck auf die einzelnen Verfassungsrichter erhöhen, da ihr Stimmverhalten damit faktisch offengelegt wäre. Vereinzelt wurde auch die Frage der Nebenbeschäftigungen und des Bestellmodus der Verfassungsrichter diskutiert.

4.4. Verschiebung der aufgehobenen Stichwahl

Die Wiederholung der Stichwahl musste schließlich auch noch **verschoben** werden, da die von einer Druckerei produzierten (Brief-)Wahlkuverts schadhaft waren und ein fristgerechter Ersatz und Austausch dem Innenministerium nicht möglich erschien. Von manchen wird in der öffentlichen Diskussion mit diesen Vorgängen ein weiterer Vertrauensverlust in die österreichische Demokratie befürchtet, andere weisen darauf hin, dass ja gerade die rechtsstaatlichen Mechanismen funktioniert haben (Anfechtung – Aufhebung sowie notwendige Verschiebung). Die Verschiebung war tatsächlich wohl unausweichlich, denn sehenden Auges eine rechtswidrige Wahl in jedem Fall durchzuführen und damit eine neuerliche Aufhebung zu riskieren, hätte wohl erst recht das Vertrauen in die Demokratie belastet. In typisch österreichischer – wohl übertrieben „rechtspositivistischer“ – Weise wurde die Verschiebung allerdings nicht mithilfe einer teleologischen Auslegung der bestehenden Gesetzesbestimmungen, sondern auf dem Weg der Erlassung neuer (verfassungs-)gesetzlicher Bestimmungen angeordnet. Dabei wurden dann nicht nur die Verschiebung und der neue Wahltermin festgelegt, sondern es wurde die technische Gestaltung der Wahlkarte verändert, um die rechtskonforme und fristgerechte Produktion zu sichern. Ebenso wurde ermöglicht, dass nicht nur alle Staatsbürger wahlberechtigt sind, die dies bereits im ersten Wahlgang waren, sondern dass für die Wahlberechtigung der neue Wahltermin bzw. ein neuer Stichtag relevant ist, sodass insbesondere dann 16-Jährige wählen dürfen – mit dem Hauptargument, dass inzwischen eine lange Zeit vergangen ist und insbesondere auch zehntausende Wahlberechtigte seither verstorben sind.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

4.5. Bemerkenswerte Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl – Briefwahl wird immer beliebter – auch international

Für den ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl am 24. April 2016 kandidierten sechs Personen: Irmgard Griss als parteifreie Kandidatin, Norbert Hofer (FPÖ), Rudolf Hundstorfer (SPÖ), Andreas Khol (ÖVP), Richard Lugner (parteilos) und der frühere grüne Bundessprecher Alexander Van der Bellen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ prophezeite im Chor mit zahlreichen Medien und Politikanalysten eine „politische Zeitenwende“ für Österreich, nämlich, dass die beiden Kandidaten der Regierungsparteien erstmals in der Zweiten Republik nicht nur nicht gewinnen, sondern es nicht einmal in die notwendige Stichwahl schaffen würden – tatsächlich landeten sie abgeschlagen auf den Rängen vier und fünf. Den ersten Wahlgang gewann Norbert Hofer mit 35,1 % vor Van der Bellen mit 21,3 %. Einen Achtungserfolg errang Irmgard Griss mit 18,9 %, während Hundstorfer und Khol nur jeweils auf rund 11 % kamen und nur Richard Lugner mit 2,3 % hinter ihnen lag.

Somit kamen Hofer und Van der Bellen in die am 22. Mai abgehaltene Stichwahl, die aufgrund einer Wahlanfechtung der FPÖ vom Verfassungsgerichtshof aufgrund erwiesener vielfacher Schlampereien und der mangelnden Respektierung der verbotenen Bekanntgabe von Ergebnissen vor dem bundesweiten Wahlschluss um 17 Uhr (siehe auch Einleitungskapitel) aufgehoben wurde.

Der annullierte Wahlgang brachte dennoch einige bemerkenswerte Ergebnisse: Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber dem ersten Wahlgang um 4,25 % auf 72,75 %, die Zahl der ungültigen Stimmen stieg um mehr als 70 % von 92.655 auf 165.212. Der Wahlausgang mit 50,35 % der Stimmen für Van der Bellen und 49,65 % für Hofer (2.254.484 zu 2.223.458, Differenz also lediglich 31.026 Stimmen) war äußerst knapp. Vor Auszählung der Briefwahlstimmen lag Hofer noch klar in Führung. Mit 759.968 abgegebenen Briefwahlstimmen (ausgestellt wurden insgesamt sogar 885.437 Wahlkarten) gab es einen neuen Rekord – beim ersten Wahlgang waren es noch 543.129 –, wobei 61,8 % der Briefwähler für Van der Bellen votierten. Besonders bemerkenswert die Spaltung der Mehrheiten: Während van der Bellen in den meisten Städten, insbesondere den großen Landeshauptstädten vorne lag, hatte Hofer im ländlichen Raum die Mehrheit. Die große Beliebtheit, der sich die Briefwahl erfreut, zeigt sich daran, dass gegenüber den Bundespräsidentenwahlen 2004 (340.977) oder 2010 (373.902) mehr als doppelt soviel Wahlkarten ausgestellt wurden. Auch von Nationalratswahlen 2002 (381.186) zu denen 2013 (688.810) kam es nahezu zu einer Verdoppelung.

In Deutschland machten bei den Bundestagswahlen 2013 bereits 24,3 % der WählerInnen von der Briefwahl Gebrauch. In der Schweiz ist die Briefwahl seit 1994 möglich und heute eigentlich der Normalfall. Mehr als 80 Prozent der WählerInnen nutzen diese Möglichkeit. Sämtliche Wahlunterlagen werden den WählerInnen vorgängig zugestellt. Die Briefwahlstimmen müssen bis zur Schließung der Wahllokale eingelangt sein und werden mitausgezählt. In der Schweiz schließen daher die Wahllokale um 12 Uhr des Wahltages. In der Schweiz gibt es in einigen Kantonen auch die Möglichkeit des e-voting, das es z.B. in Estland flächendeckend gibt.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

4.6. Wiederholung der Bezirksratswahl in Wien Leopoldstadt

Der Verfassungsgerichtshof hat im Frühjahr 2016 auch die Wiederholung der Bezirksratswahl in Wien Leopoldstadt vom Oktober 2015 angeordnet, die damals zeitgleich mit der Wiener Gemeinderatswahl durchgeführt wurde. Sie fand am 18. September 2015 statt und brachte einen rapiden Rückgang der Wahlbeteiligung um minus 28,1 % auf 36,5 %. Wegen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlkarten („Klebstoff“ und unzureichendem Austausch fehlerhafter Wahlkarten) wurde eine neuerliche Wahlanfechtung zur Diskussion gestellt.

4.7. Diskussion um Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrecht

In zahlreichen Kommentaren in den Medien und Stellungnahmen von Politikern wurde auch im letzten Jahr wiederum die Sinnhaftigkeit eines Mehrheits- und/oder Persönlichkeitswahlrechts unterstrichen (z.B. Bundesminister Sobotka, Landeshauptmann Platter). Die Bekenntnisse dazu blieben aber in der politischen Realität bemerkenswert folgenlos.

Weiters kann berichtet werden, dass die Wiener Volkspartei bereits bei den letzten Gemeinderatswahlen vom Oktober 2015 ein parteiinternes Vorzugsstimmenmodell praktiziert hat, durch das zwei von insgesamt sieben Mandaten durch Vorzugsstimmen besetzt wurden. Gegenwärtig laufen Diskussionen, dieses Modell weiter auszubauen.

Bekanntlich hat die IMWD seit 2008 ein ganze Reihe von mehrheitsfördernden und persönlichkeitsorientierten Wahlrechtsmodellen vorgestellt, die weiter verfolgt werden sollten: Die IMWD wird sich hier weiter intensiv einbringen.

4.8. Untersuchungsausschuss

Nach jahrelangen fruchtlosen Diskussionen und gebrochenen Zusagen einigten sich fünf der sechs Parlamentsparteien im Jahr 2014 auf neue Spielregeln für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, deren Einsetzung nunmehr ein Minderheitsrecht ist. Zu den neuen Spielregeln gehört u.a. auch, dass die Nationalratspräsidenten den Vorsitz führen, dass Verfahrensrichter und Verfahrensanwalt bestellt werden und dass bei Streitigkeiten etwa über Aktenherausgabe der Verfassungsgerichtshof angerufen werden kann. Der Untersuchungsausschuss zur Causa „Hypo Alpe Adria“ wurde bereits unter diesen Bedingungen eingesetzt und agierte vom Frühjahr 2015 bis Oktober 2016. Eine fundierte Bewertung seiner Ergebnisse wird den nächsten Monaten vorbehalten bleiben.

4.9. Föderalismus-, Verwaltungs- und Staatsreform – eine unendliche Geschichte – Gelingt endlich der „Einstieg zum Umstieg?“

Die Dringlichkeit einer Strukturreform in Österreichs Verwaltung, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Kompetenzverteilung der Gebietskörperschaften, in der Ländermitwirkung an der Bundesgesetzgebung (Bundesrat) und im Finanzausgleich ist auch im letzten Jahr oftmals betont worden. Gerade angesichts der exorbitant hohen Steuerquote und der gewünschten steuerlichen Entlastung sowie der gebotenen Absenkung der Staatsschulden-

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

quote und der internationalen Konkurrenzfähigkeit ist die Notwendigkeit entsprechender tiefgreifender Reformen noch stärker unterstrichen worden. Vorschläge wurden viele gemacht – von der Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger bis zur Föderalisierung oder Zentralisierung der Bildungsverwaltung. Sowohl Rechnungshof als auch Wirtschaftsforschungsinstitut haben ganze Kataloge in diesem Zusammenhang erstellt. Nur geschehen ist auch im Berichtszeitraum nahezu nichts. Wohl wurden Kommissionen angekündigt und teilweise eingesetzt, aber es erhebt sich sehr die Frage, ob damit die blockierenden Interessensgegensätze der Gebietskörperschaften und Sozialpartner überwunden werden können.

Viele Vorschläge wurden auch in der von den österreichischen Bundesländerzeitungen gemeinsam mit der „Presse“ mit einer landesweit flächendeckenden Beilage initiierten Aktion „Aufbruch! 66 Persönlichkeiten wider den politischen Stillstand in Österreich“ erstattet.

Tatsächlich ist der österreichische Föderalismus im Gegensatz zur Schweiz, zu Deutschland oder den USA schlecht organisiert, was zu teuren Doppelgleisigkeiten und Blockaden führt. Nicht zuletzt deshalb hieß es am 18. August 2016 auf der Titelseite der „Presse“: „Österreich ist reformunfähig. Das politische System ist laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung weniger zukunftsfähig als jenes der Nachbarländer Schweiz und Deutschland“.

Eine alte Forderung ist die klare Zuordnung von Ausgaben- und Aufgabenverantwortung. Es wird die Nagelprobe für den kommenden Finanzausgleich sein, wenigstens einige Schritte in diese Richtung zu tun.

Der turnusmäßige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz im 2. Halbjahr 2016, der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, hat im Juli 2016 nach einer Studienreise in die Schweiz den „Einstieg zum Umstieg“ im Sinne dieser Aufgabenzuordnung und die Überwindung von Blockadehaltungen angekündigt. Er führte vor dem Bundesrat wörtlich aus:

„Ich werde vorschlagen, dazu eine Verhandlungsgruppe einzurichten. Diese soll in einem Zeitraum von maximal 5 Jahren auf Augenhöhe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden dieses Thema diskutieren.“

Die bekannten Ökonomen, Prof. Christian Keuschnigg von der Universität St. Gallen und der Leiter des Instituts für Föderalismusforschung Innsbruck Univ.-Prof. Peter Bußjäger haben wir auch getroffen. Sie haben uns in Zürich die Ergebnisse ihrer Studien präsentiert. Diese neuen Studien sollen eben auch einen Beitrag zur Versachlichung leisten und könnten für die von mir vorgeschlagene Verhandlungsgruppe eine wichtige Diskussionsgrundlage darstellen.

So räumt etwa Bußjäger durch die internationalen Vergleiche mit dem Vorurteil auf, dass die österreichischen Bundesländer zu klein für den Föderalismus seien. Ebenso weist er auch einen internationalen Trend zur Dezentralisierung nach, während Keuschnigg ganz besonders das Subsidiaritätsprinzip hervorhebt. Aufgaben mit bundesweiter Reichweite werden besser und billiger zentral erbracht, aber insgesamt sollen nach diesem Prinzip die Aufgabenerfüllung möglichst bürgernahe erfolgen.“

Wesentlich wird auch sein, dass die bei der LH-Konferenz Anfang Oktober 2016 eingesetzten „Umsetzungsgruppe“ von Bundeskanzler, Vizekanzler und Landeshauptleuten im Jahr 2017 endlich tatsächlich Ergebnisse erzielt werden.

4.10. Fragen der innerparteilichen Demokratie

Urabstimmungen sowie immer wieder geäußerte Überlegungen zu Vorwahlen für die KandidatInnennominierungen, was im Sinne eines persönlichkeitsorientierten Wahlrechts ein sinnvoller Prozess vor der Einreichung von Wahllisten sein könnte, relevieren wichtige Fragen der innerparteilichen Demokratie. Online Programmdiskussionen können als Instrumente der Mitgliederbeteiligung und der Öffnung der Parteien taugliche Mittel zur Attraktivierung und Vitalisierung von Parteien sein. Mehrere Parteien in Österreich überlegen den Einsatz dieses Elements bzw. setzen es ein. Ende August 2016 äußerte z.B. SP-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler, dass eine Mitgliederbefragung zu einer Regierungskoalition ein Thema sein könnte. SP-Bundesvorsitzender BK Kern wiederum ließ Anfang September eine Befragung zu TTIP und CETA durchführen, an der sich lediglich 7,5 % der Parteimitglieder beteiligten und deren Fragestellung in den Medien kritisch beleuchtet wurde. Kern und Niedermühlbichler stellten auch die Möglichkeit einer Urwahl des Parteivorsitzenden pro Futuro in den Raum.

4.11. Brexit und die Demokratiefrage

Gastbeitrag: Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Melanie Sully, Direktorin, Institut für Go-Governance, Wien

Im Vereinigten Königreich kam es in den letzten Jahren vermehrt zu Referenda. Bei jedem Vorgang wird die rechtliche Lage (zwecks bspw. Wahlberechtigung) gesondert in parlamentarischen Debatten und Ausschüssen beider Häuser behandelt. Seit der unter Premierminister Blair einsetzenden Devolutionspolitik, waren Referenda ein Mittel dafür, den Machtwechsel nach unten zu legitimieren und das Vertrauen in das demokratische System zu erneuern⁸. Nach einem Gesetz findet eine Volksabstimmung im Falle einer Kompetenzverschiebung an die Europäische Union statt.

Eine Kommission, unabhängig von den politischen Parteien, prüft die Fragestellung und testet deren Klarheit in unterschiedlichen Sprachen und in Blindenschrift. Diverse Quora puncto Wahlbeteiligung werden in der Regel nicht festgelegt. Solche Voraussetzungen könnten zu einem Boykott führen⁹.

Direkte Demokratie kann oftmals zur Bereinigung von Konflikten innerhalb einer Partei genutzt werden, aber ein Referendum zur Mitgliedschaft in der EU stand schon innerhalb der letzten zwanzig Jahre immer wieder auf der Tagesordnung. Das Referendum vom 23. Juni 2016 ergab, entgegen der vorausgehenden Meinungsumfrage, eine 52 zu 48 Prozentwahl zugunsten des sogenannten Brexit, der Entscheidung dazu, die Europäische Union zu verlassen. Die Wahlbeteiligung war mit 72 % für das Vereinte Königreich hoch und mit 17,4 Millionen Befürwortern die größte demokratische Wahl ihrer Art. Aufgrund der Nachwirkungen und wirtschaftlichen Folgen startet eine Kampagne für ein zweites Referendum. Allerdings würde solch eine überstürzte Wiederholung das Vertrauen in die politischen Institutionen eher schädigen statt wiederzuerlangen. Darüber hinaus könnte ein zweites Referendum zum selben Ergebnis führen und dies stünde mit einem finanziellen Aufwand von ca. 100 Millionen Pfund in keinem angemessenen Kosten-Nutzenverhältnis. Jedoch wäre ein weiteres

⁸ Siehe Melanie Sully, „Direct Democracy in the UK: a constitutional experiment“, in Bußjäger/Balthasar/Sonntag *Direkte Demokratie im Diskurs*, Wien 2014, S 47-61.

⁹ Siehe dazu, Melanie Sully, „Der direkte Weg zur Demokratie“, in Khol/Ofner/Karner/Halper *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013*, Wien, S 313-327.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Referendum entweder zu Artikel 50, was der offizielle Startschuss zu Verhandlungen bezüglich des Austritts aus der EU führen würde, und/oder zum Austrittsabkommen in zwei oder drei Jahren möglich. Zu diesem Zeitpunkt könnte man einen Einspruch der anderen Nationen Schottland, Nordirland und Wales überlegen, jedoch würden auseinanderlaufende Ergebnisse die EU und Großbritannien in eine Verfassungskrise führen.

Ohne Zweifel wurden während der gesamten Kampagne auf beiden Seiten viele mögliche Theorien verbreitet, die darauf abzielten Wähler zu verunsichern, oder sie dazu zu beeinflussen, sich für den einen oder den anderen Weg zu entscheiden. Wenige glaubten jedoch, dass gesparte Gelder in den Bau von mehr Krankenhäusern gesteckt werden würden und die allgemeine Meinung, dass Politiker nicht Klartext sprechen, bevor die Wahl in trockenen Tüchern ist, meint, dass Aussagen eine untergeordnete Rolle spielten.

Der Rücktritt von David Cameron als Premierminister, die Amtsniederlegung des UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage und der Aufruhr in der Labour-Partei mit einer Führungskrise und Anschuldigungen, dass es Jeremy Corbyn an Überzeugung fehle, klar für einen Verbleib in der EU zu werben, waren Auswirkungen des Referendums.

Die zukünftige Beziehung des Vereinten Königreiches mit der EU ist ungewiss und hängt nicht nur von der Britischen Regierung, sondern auch von den 27 EU-Staaten ab. Der mittlerweile berühmte Artikel 50 ist gegenwärtig inaktiv und es ist im Gespräch, dies auch bis nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich im nächsten Jahr so zu belassen. Die verfassungskonforme und rechtliche Positionierung darüber, wer oder was diese Entscheidung treffen kann, ist innerhalb des Vereinigten Königreichs unklar. Es könnte argumentiert werden, dass die Premierministerin das Thema Artikel 50 anstoßen könnte, doch befindet sich Theresa May dabei auf unsicherem Boden. Sie kam in dieses Amt mit einer Rückendeckung von gerade einmal 200 Mitgliedern des Parlamentes in ihrer eigenen Fraktion. Die Regierung könnte diese Entscheidung wohl kollektiv annehmen, doch erneut will man auch an diesem Punkt nichts überstürzen. Sollte Artikel 50 auf einer zwielichtigen verfassungsrechtlichen Basis angegangen werden, könnte er zu einem späteren Zeitpunkt inmitten von Verhandlungsgesprächen in Frage gestellt werden, und damit alles wieder umwerfen. Dann wiederum gibt es jene, die eine parlamentarische Abstimmung in beiden Häusern befürworten, um die Entscheidung zu untermauern, aber möglicherweise reicht sogar das nicht aus und es wäre eine Gesetzesinitiative notwendig, die in beiden Häusern drei Lesungen und Hearings durchlaufen müsste. Auch der unklare Wortlaut von Artikel 50 selbst und dessen Auslegung in unterschiedlichen Sprachen haben nicht geholfen Klarheit zu schaffen.

Trotz einer vermehrten Nutzung der direkten Demokratie im Vereinigten Königreich und anderer Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz, gibt es kaum nachhaltige Beweise dafür, dass das Vertrauen in die Politik steigt. Da es im 21. Jahrhundert nicht ausreichend ist, Wahlen einmal alle fünf Jahre abzuhalten, werden ab und an stattfindende Referenda das mangelnde Vertrauen in demokratische Trends nicht beleben können. Zusätzlich sind neue Kommunikations- und Interaktionsformen zwischen Wählern und ihren Vertretern, beispielsweise die partizipative Demokratie, von wesentlicher Bedeutung und können durch soziale Medien und Bürgerversammlungen auf allen Ebenen gefestigt werden. Einer der kraftvollsten Slogans des Leave-Lagers lautete „take back control“. Die Menschen sollen das Gefühl haben, dass sie am Steuer sitzen, und nicht dazu genutzt werden, Entscheidungen, die Politiker gern sehen würden, einfach abzustempeln. Sollten Referenda innerhalb solch eines Rahmens angewendet werden, dann könnte es möglich sein, das Vertrauen in das demokratische System wiederzuerlangen.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

4.12. Nachhaltiger Europadialog als vordringliche Aufgabe

Angesichts der zunehmenden EU-Skepsis und der wachsenden Anti-EU-Parteien in nahezu allen Mitgliedstaaten der EU und auch in Österreich ist die kontinuierliche, nachhaltige und geduldige Europakommunikation eine vordringliche Aufgabe, der sich alle politischen Ebenen und alle europapolitischen Player als Daueraufgabe unterziehen müssen

Der Europadialog ist daher zu intensivieren. Gerade dem National- und Bundesrat, also den beiden Kammern des Parlaments als dem zentralen Forum der Demokratie, kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Es sollten auch alle Chancen genutzt werden, die die Geschäftsordnungen der beiden Parlaments-Kammern bieten und die der Vertrag von Lissabon gebracht hat. Auch das endlich geschaffene Rederecht der österreichischen EU-Abgeordneten im österreichischen Parlament ist dafür zu nützen.

4.13. Politische Bildung

Wie die Möglichkeit des Wählens ab 16 einerseits, die sinkende Wahlbeteiligung der jüngeren Generation andererseits und die gleichzeitig gegebenen immer stärkeren Möglichkeiten der digitalen Mitwirkung und Diskussion (Liquid democracy, siehe Beitrag im Demokratiebefund 2012) zeigen, sind forcierte politische Bildung und Medienbildung ein Gebot der Zeit. Auch in der ExpertInnenbefragung hat die Intensivierung der politischen Bildung einen der vordersten Plätze bei den Wünschen.

Auch die Bundesregierung hat in ihrem Arbeitsübereinkommen 2013 die Bedeutung der politischen Bildung hervorgehoben, was auch im Bericht der Enquetekommission zur „Stärkung der Demokratie“ neuerdings unterstrichen wurde. Besonders wichtig ist aus der Sicht der IMWD vor allem auch politische Bildung für Menschen mit Migrationshintergrund.

Der mündige und aktive Bürger ist der Träger einer lebendigen Demokratie, Meinungs- und Medienfreiheit die entscheidende Voraussetzung für eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft. Daher sind Politische Bildung und Medienbildung aus der Sicht der IMWD von entscheidender Bedeutung – ihre Bedeutung hat durch die digitalen Möglichkeiten und die zu erwartende Forcierung der direkten und partizipativen Demokratie sogar noch zugenommen.

Seit dem Schuljahr 2016/17 ist „politische Bildung“ nicht nur ein generelles Unterrichtsprinzip, sondern auch ab der sechsten Schulstufe im Geschichte-Unterricht Pflicht. Ob dies erfolgreich und ausreichend ist, wir noch evaluiert werden müssen.

4.14. Neue Technologien: Regulierungsbedarf?

Gastbeitrag: Univ-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Iris Eisenberger, M.Sc.,

Leiterin des Instituts für Rechtswissenschaften der Universität für Bodenkultur Wien

Drohnen sollen unsere Pizza und unsere bestellten Bücher liefern, sie sollen Medikamente und Lebensmittel in entlegene Gebiete transportieren, unsere Felder bewässern und gezielt Schädlinge bekämpfen, sie vermessen Gelände und sie überwachen wichtige Infrastrukturanlagen wie Brücken, Pipelines oder Eisenbahnstrecken. Das ist nur eine Auswahl der un-

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

zähligen Möglichkeiten, Drohnen nutzbringend einzusetzen. Zugleich stellen sie auch Gefahren dar: Drohnen stürzen ab, so beispielsweise medienwirksam in Madonna di Campiglio Ende 2015, als eine Drohne beinahe Marcel Hirscher verletzte; immer wieder gibt es Berichte, dass Drohnen mit Flugzeugen oder Rettungshubschraubern fast kollidiert wären; Menschen beklagen sich über Drohnen, von denen sie sich beobachtet fühlen und auf YouTube findet man Videos, die Tiere zeigen, wie sie von Drohnen gestört werden. Auch wenn das Luftfahrtgesetz seit 2014 Regelungen für den Einsatz von Drohnen beinhaltet, ist es weder für die unzähligen positiven Einsatzmöglichkeiten ausreichend vorbereitet, noch schützt es uns gezielt vor den Gefahren, die ein großflächiger Einsatz von Drohnen mit sich bringt.

Ab dem Jahr 2020 werden autonome Fahrzeuge unsere Straßen bevölkern. Sie versprechen weniger Verkehrsunfälle, mehr Fahrkomfort, die Mobilisierung sonst immobiler Menschen und viele neue Geschäftsmodelle. So denkt das Unternehmen Uber an, ihre Fahrer langfristig durch autonome Systeme zu ersetzen. Zugleich stellen sie uns vor bislang nur aus der Moralphilosophie bekannte Probleme: Wen soll ein autonomes Fahrzeug in einer unvermeidbaren Gefahrensituation verletzen oder töten? Die Insassen des Autos, eine Gruppe von Menschen, die unrechtmäßiger Weise auf der Straße ist oder einen einzelnen Fußgänger, der am Gehsteig spaziert? Anders als im herkömmlichen Straßenverkehr muss dazu bei autonomen Fahrzeugen im Vorfeld ein Algorithmus programmiert werden, der im Gefahrenfall die Entscheidung zu treffen hat. Wer soll entscheiden, wer die Grundlagen für diese Entscheidungen festlegt? Soll das die Autoindustrie, der Programmierer, der Käufer, der Fahrzeuginhaber oder -lenker, Wissenschaftler, Ethikkommissionen oder der Gesetzgeber entscheiden? In welchem Verfahren und nach welchen Kriterien?

Die Implementierung personalisierter/digitaler Bildung könnte unser Bildungssystem revolutionieren. Auch im Hochschulsektor hat sie großes Potenzial. Digitalisierte Online-Lehre (z.B. Online-Inhalte, Videos, Quizzes, Spiele) könnte in Massenfächern Vorlesungen ergänzen bzw. substituieren und Lehrressourcen für individuelle Studierendenbetreuung freimachen; personalisierte Lehr- und Lernprogramme könnten zu einer begabungsnäheren Studienwahl und zu einer passgenaueren Lehrveranstaltungsauswahl führen. Personalisierte digitale Bildung birgt neben den vielen Chancen aber auch Risiken. Sie könnte dazu führen, dass Potenziale für differenziertes und kritisches Denken ungenutzt bleiben und dass aufgrund relationaler Bildungsprogramme „Bildungs-Bubbles“ entstehen. Es stellt sich die Frage, wie die aufgrund des Rechts auf Bildung in einer Demokratie notwendige Bildungspluralität gewährleistet werden kann.

Bitcoin wird seit 2009 als eine der ersten Kryptowährungen als digitales Zahlungsmittel verwendet. Deren Existenz ebenso wie die Koexistenz traditioneller und moderner Zahlungsmittel führen zu Spannungen im Wirtschaftssystem sowie mittel- und langfristig auch im Gesellschaftssystem. Verdrängen Kryptowährungen traditionelles Geld, führt dies zu staatlichen Erosionen. Individuelle Freiheiten und gesellschaftliche Mitsprachemöglichkeiten wandeln sich, bekannte und bewährte staatliche Ingerenzmöglichkeiten werden unwirksam. Die Gesellschaft, die Politik und das Recht sind auf diese Entwicklungen unzureichend vorbereitet.

Die Liste der sozio-technologischen Innovationen ließe sich noch verlängern, beispielsweise um die Robotik, die Künstliche Intelligenz oder die Blockchain-Technologie (z.B. Smart Contracts). Auch bei diesen Innovationen gibt es zahlreiche Chancen, aber auch Gefahren und Risiken. Die Gesellschaft, die Politik und das Recht sind darauf nicht vorbereitet. Sie beschäftigen sich mit neuen Technologien meist erst dann, wenn diese Technologien in unserer Gesellschaft bereits fest etabliert sind und aus ihr nicht mehr wegzudenken sind. Die

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

meisten dieser Technologien verändern unser Leben, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Wir müssen einen breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurs führen, um diese Technologien schon im Vorfeld aktiv gestalten und regulieren zu können; denn es sind keine trivialen Fragen, ob beispielsweise Roboter töten dürfen, Menschenleben gegeneinander abgewogen werden können oder Big Data Analysen über den Bildungsweg entscheiden sollen.

Rechtliche Bewältigungsstrategien sollten parallel zur Technologie entwickelt werden. Wo hat das Recht Entwicklungspotenzial? Wo werden Konflikte nicht adäquat wahrgenommen? Wo hat die Politik die Potenziale und Probleme nicht erkannt? Wo will sie sie nicht aufgreifen? Wo hat sie keine eindeutige Entscheidung getroffen? Wo sind die vorhandenen rechtlichen Regelungen unausgewogen und damit ein Grundrechtsproblem? All diese Fragen stellen sich bei den hier erörterten Technologien. Für eine ausgewogene Wahrnehmung der Chancen bei gleichzeitiger Risikovorsorge ist eine begleitende Regulierung unabdingbar.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

5. Wichtige Detailbereiche

5.1. Reformstau in Österreich – Endlich auflösen, sonst ist ein weiteres Absinken in den internationalen Standortrankings unausweichlich

Die IMWD hat seit 2008 auf die Dringlichkeit von Reformen hingewiesen. Österreich ist in den Rankings abgerutscht. Der „Kurier“ machte am 19. August 2016 mit der Schlagzeile „Leider nur Mittelmaß. Warum die Alpenrepublik im internationalen Vergleich absackt und wie sich das auf unsere Zukunft auswirken wird“ auf. Beim Wirtschaftswachstum hinkt Österreich nicht nur seit längerem Deutschland nach, sondern ist auch unter dem Durchschnitt der Eurozone und im hinteren Drittel der EU-Staaten. Dafür weist Österreich bedauerlicherweise nicht mehr die niedrigste Arbeitslosenquote im EU-Raum auf, sondern ist mit einer neuen Rekordarbeitslosigkeitsquote auf Platz neun zurückgefallen und liegt auch bei der Inflationsrate vor allem durch hausgemachte Gebührenerhöhungen über dem europäischen Durchschnitt. Auch beim Kaufkraftranking fiel Österreich vom sechsten auf den achten Rang zurück. Das Innovationsranking der EU registriert ebenfalls einen Rückfall Österreichs. Auch beim Wettbewerbsranking des Schweizer IMD rutschte Österreich im Jahr 2015 unter 61 Staaten weiter ab. Lag Österreich 2007 noch auf Rang 11, 2010 auf 14, 2012 auf 21, 2014 auf 22, war es 2015 nur mehr Rang 26. 2016 konnte eine leichte Verbesserung auf Rang 19 erreicht werden. Beim globalen Innovationsindex rutschte Österreich 2016 von Rang 18 auf 20 ab. Schweiz und Schweden gelten als die innovativsten Länder, wie eigentlich bei allen Rankings die Eidgenossen und die skandinavischen Staaten deutlich vor Österreich liegen.

5.2. Entwicklungen in der Justiz

Es wurden seitens der Justiz wiederum mehrere Ermittlungen, Anklagen und Prozesse im Zusammenhang mit politischer Korruption durchgeführt. Die IMWD begrüßt alle Maßnahmen, die die politische Ethik stärken, bedauert aber, dass manche Verfahren jahrelang dauern. Im Interesse des Vertrauens in den Rechtsstaat werden entschiedene Maßnahmen gefordert, die die Verfahren beschleunigen.

Mit der im Jahr 2015 beschlossenen Novelle zum Urheberrecht konnte den berechtigten finanziellen Wünschen von Urheberinnen und Urhebern wieder mit einem gesetzlichen Schritt näher gekommen werden. Eine für eine große Zahl von Betroffenen wesentliche Reform steht vor ihrem Abschluss.

Das geltende Sachwalterrecht, das bei seiner Einführung vor mehr als 40 Jahren als besonders modernes Gesetz galt, hat in der Zeit seiner Anwendung doch eine Reihe von Verbesserungsnotwendigkeiten gezeigt. Immer klarer wurde, dass man wesentlich mehr Entscheidungen der Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit der Betroffenen überlassen kann. Eine Meinung, die bei einer Umfrage im April 2016 von 80 % der Befragten geteilt wurde.

Bei dieser Umfrage hat sich auch ergeben, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz in den letzten Jahren leicht angestiegen ist.

Weiterhin offen ist die für die Bevölkerung ebenfalls sehr wichtige Frage einer Reform des Straf- und Maßnahmenvollzuges.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

5.3. Medien – Braucht es konstruktiven Journalismus?

Hubert Feichtlbauer, führendes Mitglied der IMWD hat folgende pointierte Analyse der Mediensituation formuliert:

Ob der ORF nach der Neubestellung seiner Spitzenorgane „gut aufgestellt“ sein wird, was er laut Medienminister Thomas Drozda auch bisher war, wird die Zukunft weisen. Andere Medien könnten eine „Neuaufstellung“ auch gut brauchen. Sie leiden nicht zuletzt darunter, dass der Zeitungsmarkt in Österreich auch schon vor Anwachsen der Konkurrenz quantitativ überbesetzt war und es heute dank anhaltender Konservierung überholter Strukturen mehr denn je ist. Trotz jahrelanger Versprechungen hat es die Republik Österreich an gezielter Förderung von Qualität, über die schon unser Vorjahresbericht Details enthielt, bis heute fehlen lassen.

Der neue Kultur- und Medienminister verhiß schon bei Amtsantritt eine „funktionierende, solide finanzierte Medienlandschaft“ als Ziel, das mit den bisher zugeschossenen neun Millionen Euro mittel- und langfristig nicht zu erreichen sein werde. Deshalb wollte er „frisches Geld“ in die Hand nehmen. Werden wir es zu sehen und zu spüren bekommen? Längst sehen wir die Schäden, die sich längst durch die Printmedien-Landschaft fressen: immer stärker verblässende Grenzen zwischen Fakteninfo und deren Bewertung, seitenlange Interviews, die nicht automatisch zu mehr Klarheit führen, sondern Leser oft abschrecken, weil sie vor allem den kostenmäßig bedingten Personalmangel widerspiegeln, schließlich beschämend rasche Positionsänderungen in der Blattlinie mancher Boulevardblätter, um auch nur eine minimale Einschränkung der Anzeigenvergabe von aus parteipolitischem Interesse vergebene Inseraten zu verhindern.

Die Einstellung des seriösen „Wirtschaftsblatts“ im September hat Befürchtungen ausgelöst, es könnte zu weiteren drastischen Redakteurskündigungen aus Spargründen auch in anderen Zeitungen kommen. Wie bei allen wichtigen Problemen gibt es auch hier keine monokausale Erklärung. In manchen Kommentaren klangen auch selbstkritische Töne der betroffenen Berufsgruppen an. Der immer rascheren Wandel der Berufsbilder in der Massenkommunikation bereite auch potentiellen Opfern Schwierigkeiten. Jedenfalls wird nach einer Grundsatzdebatte und einem völligen Neudenken der Medienförderung immer häufiger und immer lauter gerufen. Die bevölkerungsärmere Schweiz kann sich über 170 Tageszeitungen freuen, verglichen mit 17 in Österreich, das dafür zuletzt knapp 9 Millionen Euro aufwendete – und daneben 600 Millionen für den ORF.

Obwohl nachgewiesenermaßen bemerkenswerte neun von zehn in Österreich lebenden Personen an Politik interessiert und für Menschen mittleren und höheren Alters Zeitungen und vor allem Fernsehen weiterhin Hauptinformationsquelle darüber sind, ist es trotz jahre-, nein jahrzehntelanger Diskussionen bis heute nicht zu einer Einbeziehung von Korrespondenten in die Kriterienliste der Qualitätsförderung gekommen. Von drei neuen Auslandsbüros ist vage beim ORF die Rede – dabei interessieren sich zwei Drittel aller in Österreich lebenden Personen auch für Weltpolitik. (Seit 2012 erhebt und vergleicht das Reuters Institute for the Study of Journalism solche Zahlen.) Eine Schlussfolgerung bleibt: Zu wenig Geld für die Erforschung und leserfreundliche Aufbereitung gesellschaftsrelevanter Informationen zwingt viele Printmedien zu einer rigiden Personalpolitik, die durch prekäre Neubeschäftigung gekündigter und als freie Journalisten den Markt überschwemmender journalistischer Fachleute nicht wettgemacht werden kann.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Nun gut, mag man einwenden, hier werde im Unterschied zu uns Alten (die wir zu 75 Prozent überwiegend weiterhin zu bestimmten Zeiten vor dem Fernseher hocken oder nach Zeitungen greifen, von den Jungen aber nur 10 Prozent) wenigstens eine jüngere Generation zukunftsgerichtet bedient. Aber auch darüber kann man nicht glücklich sein, wenn man die erschreckend verrohende Wirkung der so genannten social media bedenkt. Fast schon jeder Zweite und jede Zweite in der Gesamtbevölkerung Österreichs bezieht auch social media, die in zunehmendem Maß auch zur Informationsquelle der traditionellen Medien und für viele auch dort schon bald wichtiger als Nachrichtenagenturen geworden sind.

Natürlich sind Facebook, Twitter, YouTube und ihre Sprösslinge nicht nur Charakter- und Geschmacksverderber. Selbst in Krisen schaffen sie auch Gutes, wie man immer wieder hören und lesen kann, wenn sie etwa Flüchtlinge rasch mit richtigen Infos und nicht mit falschen Gerüchten versorgen. Natürlich muss man auch social media differenziert beurteilen. Aber kann das jeder Teenager, der in Österreich im Schnitt angeblich 3000 E-Mails pro Monat zu bewältigen hat? Lässt die extreme Zuspitzung solcher „Massenkommunikation“ noch differenzierende Bewertungen zu? Gibt es überhaupt noch Zusammenkünfte zu konkret zur Debatte stehenden Themen ohne verstohlenes Klicken und SMSen auch in Vorlesungen und Fakultätskonferenzen? „Wir gewöhnen uns daran, zusammen allein zu sein,“ klagte jüngst die MIT-Kulturwissenschaftlerin Sherry Turkle, die nicht zuletzt für ihr Interesse an immer neuen Kommunikationstechniken interessiert ist. Wie viele von uns messen auch den Wert eines Charakters nicht mehr anders als in der Zahl von „Gefällt mir“-Quickies?

In den USA gibt es längst ein gebräuliches, wenngleich beschönigendes Wort, um die barbarische Wucht verbaler Hinrichtung in den – gleichfalls sehr euphemistisch so genannten – Sozialen Medien zu kennzeichnen: trolling, „durch Koboldstücke provozieren“. Opfer solcher „Kobolde“, das ist dort längst vielfach untersucht, werden vor allem Frauen und sexuelle Minderheiten. In einer Titelgeschichte von Time Magazin (29.08.2016) wurde kürzlich berichtet, dass 70 Prozent jugendlicher User zwischen 18 und 24 Jahren schon Opfer-Erfahrung haben. Sehr viel besser stehen wohl auch wir nicht mehr da. Das besonders Erschreckende daran: Täter sind nicht mehrheitlich Narzissten, Psychopathen und Sadisten (obwohl 5 % überführter „Kobolde“ sich selbst so bezeichnen), sondern „normale Menschen“, die einfach Spaß daran haben, andere in Angst zu versetzen, um sich dadurch vermeintlich an jenen zu rächen, die zu Unrecht besser im Leben als sie weggekommen seien.

Auch sich selbst als progressiv bezeichnende Personen begeilen sich an dem Machtrausch, indem sie Dicke oder überhaupt Unansehnliche, Homosexuelle und Pädophile mit Kopfab schneiden und Entführen ihrer Kinder bedrohen, Foltermethoden im Detail beschreiben, ihre Fotos oder die ihrer Eltern („Das ist der Vater einer Hure“ oder sie die Mutter eines „Idioten“) im www-Netz stehlen und dann verbreiten, zu Vergewaltigungen aufrufen, unschuldigen Opfern Krankheiten oder Verbrechen andichten und Psychoterror jeglicher Intensität ausüben, was sie in einer „Spaßgesellschaft“, die nach dem „Ich-will“-Prinzip umworben wird, für einen normalen Teil des Lebenskampfes ansehen.

Solche Menschen seien, so ergaben wissenschaftliche Untersuchungen überführter Täter, nicht einfach schlechte Menschen, die gute drangsalierten. Auch Doktoren, Anwälte und Kindergärtnerinnen seien unter ihnen. Nicht Hass verbinde sie so stark wie die Liebe zum Hassspiel: „Jetzt zeige ich es denen, die meinen Leserbrief weggeworfen haben und meine Wahrheit hier im Internet nicht stoppen können!“ Das Internet als Reich der Feigen, die beweislose und straflose Verhetzung und Verleumdung als Waffe armer Wettbewerbsverlierer

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

missdeuten? Eine Gesellschaft, die solchem Treiben untätig zusieht, stürzt sich selber in den Abgrund.

Außer einem bescheiden, aber immerhin wachsenden Brancheninteresse – heuer hat der Journalismus-Tag 2016 die Glaubwürdigkeit der Medien thematisiert – ist von einem großen gesellschaftspolitischen Diskurs wenig zu bemerken. Man wird zwar bei jeder solchen Veranstaltung mit der berühmten Frage „Und wo bleibt das Gute?“ bedrängt und die überall sinkenden Auflage- und Einschaltzahlen traditioneller Medien können auch nicht gerade als Bestätigung für das traditionelle Missverständnis herangezogen werden, nur schlechte Nachrichten interessierten die Öffentlichkeit. Aber der dänische Rundfunkjournalist Ulrik Haagerup hat beim diesjährigen European Newspaper Congress nur mäßige und im Zeitgespräch der österreichischen Gesellschaft so gut wie keine Aufmerksamkeit für seine Forderung nach einem „konstruktiven Journalismus“ gefunden. Unser Demokratiebefund applaudiert ihm – und allen Bemühungen, ihn zu fördern.

5.3.1 Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien angesichts der Gefahren von „social media“-Blasen besonders wichtig

Aus dieser Analyse Hubert Feichtlbauers ergeben sich u.a. folgende Schlussfolgerungen:

Dies beinhaltet auch ein Plädoyer für politische Bildung und Kompetenzbildung im Bereich Medien – in den Schulen, aber eigentlich in allen Alters- und Lebensbereichen.

Gerade der Umgang mit Medien ist besonders wichtig und sensibel zu behandeln. Das Internet und die sozialen Medien eröffnen großartige Chancen, aber auch Gefahren. Der Chefredakteur des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, Klaus Brinkbäumer schrieb in der Ausgabe 5/16 einen Leitartikel unter dem Titel „Presse gegen Lügner. Journalismus in Wochen der Hysterisierung“: „Facebook und Twitter bergen die Gefahr, dass ihre Nutzer nur lesen, was sie sich wünschen, dass sie sich also minütlich selbst bestätigen und am Ende den eigenen Hass für rational und bestens begründet halten.“ Oder wie es der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen am 11. August 2016 in der Hamburger ZEIT formulierte: „Man will nicht wahrnehmen, was nicht zur eigenen Weltsicht passt.“

Reichweitenstarke glaubwürdige Qualitätsmedien und ein Rundfunk auch auf digitalen Plattformen, der seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllt, sind daher lebensnotwendige Infrastruktur für die Demokratie.

Generell muss daher bewusst sein, dass **Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien systemrelevant für unsere Demokratie** sind.

Eine adäquate Förderung und entsprechende Rahmenbedingungen auch in der Aus- und Weiterbildung und bezüglich der Arbeitsbedingungen der JournalistInnen sind daher genauso notwendig wie „Medienbildung“ – das ist weit mehr als rein formale technische Medienkompetenz, vor allem in den Schulen, oder auch auf allen Stufen des LLL (lifelonglearning).

Medienminister Drozda kündigte bei einer Enquete am 19. September 2016 eine finanzielle Aufstockung und Neuordnung der Medienförderung mit Jahresmitte 2017 und eine Enquete an, die sich auch mit der Positionierung des ORF als Basis für eine ORF-Gesetzesnovelle beschäftigen soll.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Die IMWD begrüßt ausdrücklich die Diskussion über eine Abgabe von Google & Co, die ohne finanzielle Gegenleistung österreichischen Mediencontent absaugen, über eine Abgabe für Werbung im Digitalbereich und Österreich-Fenstern in deutschem Privat-TV, sowie insbesondere über eine generelle Medienabgabe (siehe auch ORF-Befund)

5.4. ORF-Befund 2016 – Reform notwendiger denn je – Haushaltsabgabe für Medien tabulos diskutieren

„Die in der Verfassung verbrieftete Unabhängigkeit des Österreichischen Rundfunks und seiner Organe ist durch die derzeitigen gesetzlichen Regelungen und durch die Handlungsweisen von Regierung und Parteien nicht gewährleistet!“

So lautete die Zusammenfassung des Berichts über die Unabhängigkeit des ORF, der im Rahmen des 1. Demokratiebefundes der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ für das Jahr 2011 veröffentlicht wurde. Seither hat sich nichts Wesentliches geändert.

Trotz zwischenzeitlicher Versprechungen und Ankündigungen der Regierungsparteien, der Einsetzung einer ORF-Reform Kommission, sowie zahlreicher Neuformulierungen in den Wahlprogrammen der Parteien kommt auch der sechste ORF-Befund in Serie zum selben Urteil:

Der ORF ist nach wie vor – entgegen dem klaren Auftrag der Bundesverfassung – dem permanenten Zugriff von Regierungen und Parteien ausgesetzt.

Begründung:

Die Vorgänge rund um die Bestellung des ORF-Generaldirektors und der ORF-Direktoren im August und September 2016 haben dies neuerdings unterstrichen. Bei der GD-Bestellung wurde ohne jede Abweichung offen scharf entlang der jeweiligen Parteilinien abgestimmt. Der in vielen Bereichen – etwa Online oder Gebühren – bestehende Reformbedarf wurde hingegen nicht angegangen.

Die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ fordert daher von Bundesregierung und Parlament, ein Reformpaket zur Stärkung der Unabhängigkeit und zur Zukunftsentwicklung des ORF zu beraten und beschließen und erwartet von Medienminister Drozda die von ihm angekündigten Schritte mit einer Enquete als Basis für eine ORF-Gesetzesnovelle.

Der FP-Vertreter im Stiftungsrat Norbert Steger erklärte, dass er von seinem Parteiobmann H.C. Strache aufgefordert worden sei, ein neues ORF-Gesetz zu erarbeiten. Die Neos verlangen Beratungen über eine ORF-Reform unter Beteiligung aller Parlamentsparteien im Herbst 2016, ansonsten folge 2017 ein Volksbegehren. Medienminister Thomas Drozda kündigte für das erste Halbjahr 2017 eine ORF-Enquete zur Vorbereitung einer ORF-Gesetzesnovelle an.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Kernpunkte einer ORF-Reform zur Stärkung und Zukunftssicherung der Unabhängigkeit und des öffentlich-rechtlichen Auftrags sind

1. Neugestaltung des Stiftungsrates.

Frage der Größe und Entsendung, fünfjährige Funktionsperiode, Abberufungen der Stiftungsräte sind nicht möglich, geheimes Stimmrecht bei Personalentscheidungen.

2. Der ORF ist unveräußerlich. (als Verfassungsbestimmung).

3. „Entwicklungsgarantie“ für den ORF, d.h., dass er auch auf allen neuen insbesondere digitalen Plattformen tätig sein und damit seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllen kann – insbesondere durch das Erreichen jüngerer Publikumsschichten, die nicht mehr „traditionell“, sondern „disruptiv“ TV konsumieren.

4. Konzentration auf Unverwechselbarkeit gegenüber Kommerzsendern, heimische Wertschöpfung und Inhalte.

5. Reform der Finanzierung:

Umstieg von der heutigen Gebührenfinanzierung auf eine wertgesicherte, zweckgebundene Haushaltsabgabe für alle Medien. (Damit wäre auch die Frage der Gebührenpflicht für Streaming-Zugänge geklärt)

6. Verschiedene Formen der Kooperation mit den anderen österreichischen Medienveranstaltern, um österreichische Inhalte gegenüber der Konkurrenz von Netflix, Google & Co zu sichern und stärken.

7. Sicherung und Ausbau der neun Landesstudios.

Mehr eigenes lokales TV Programm, mehr Mitwirkung im überregionalen Fernsehprogramm, mehr Kompetenzen bei Finanzen und Personal.

8. Reform des Publikumsrates

Aufwertung zum Rundfunkrat durch die Erweiterung der Kompetenzen bei der Überwachung des öffentlich-rechtlichen Auftrages sowie bei der mittleren und längerfristigen Programmplanung.

Unerfüllte Wünsche

Die meisten Wünsche des ORF an den Gesetzgeber im Sinne der digitalen Chancengleichheit sind nicht erfüllt worden, z.B.:

- Wer die ORF Programme ausschließlich per Internet-Streaming empfängt soll, wie jeder andere, per Gesetz zur Bezahlung der Rundfunkgebühren bzw. einer Haushaltsabgabe für alle Medien verpflichtet werden. Die Medienbehörde soll neue Dienste und Angebote des ORF erst ab einer marktrelevanten Größe prüfen.
- Das Verbot eigens für mobile Endgeräte gestaltete Angebote soll aufgehoben werden.
- Der ORF soll für den „Kultur- und Informationssender“ ORF III in seinen eigenen Programmen werben dürfen.
- Die zeitliche und inhaltliche Beschränkung bei der Fernsehwerbung für Printmedien soll gestrichen werden.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Verwaltungsgerichtshof macht ORF-Gebühren zum Thema

Wer ORF-Angebote nur via Internet-Streaming konsumiert, muss keine Rundfunkgebühr zahlen. Dies entschied Mitte Juli 2015 der Verwaltungsgerichtshof. Begründet wurde dieses Urteil mit der Feststellung, dass der Gesetzgeber bei der verfassungsrechtlichen Definition des Rundfunkbegriffs elektronische Darbietungen über das Internet nicht erfassen wollte:

„Rundfunkempfangseinrichtungen im Sinne des Rundfunkgebührengesetzes sind lediglich jene Geräte, die 'Rundfunktechnologien' verwenden (drahtloser terrestrischer Weg, Kabelnetze, Satellit). Ein Computer, über den mittels dieser Rundfunktechnologien Rundfunkprogramme empfangen werden können (etwa mittels TV- oder Radiokarte, DVB-T-Modul), ist demnach als Rundfunkempfangsgerät zu beurteilen.“

„Ein Computer lediglich mit einem Internetanschluss ist hingegen kein Rundfunkempfangsgerät, sodass dafür keine Rundfunkgebühren zu bezahlen sind.“

Das heißt, für ein und dasselbe öffentlich-rechtliche Angebot – z. B. eine Übertragung von den Salzburger Festspielen, oder von einem Schirennen, eine Tatortfolge oder die ZIB – muss bei Empfang über ein Rundfunkgerät auch weiterhin eine Gebühr bezahlt werden, während der Streaming-Empfang des selben Angebots gratis ist, ohne Hersteller- und Urheberrechte zu berücksichtigen.

Der ORF, die Länder und der Bund befürchten erhebliche Einnahmerückgänge. Es wird „notwendig sein, die Rundfunkgebühr an den öffentlich-rechtlichen Inhalt und nicht an die technische Verbreitungsvariante zu koppeln“, heißt es im ORF.

Zweckgebundene Haushaltsabgabe für alle Medien

Die Frage der finanziellen Unabhängigkeit des ORF wurde auch 2016 in keiner Weise gelöst:

- So hängen die aufgrund der Teuerungsraten notwendigen Valorisierungen der Gebühren weiterhin auch von den Wahlterminen in Bund und Ländern ab.
- Die Refundierung der vom Staat aus sozialen Gründen gewährten Gebührenbefreiungen ist nach wie vor offen.
- Durch den Spruch des Verwaltungsgerichtshofes (sh. oben) entstehen dem ORF über kurz oder lang Einnahmeverluste.

Zur Diskussion steht jetzt eine zweckgebundene Medienabgabe für alle Haushalte, die die derzeitige Rundfunkgebühr ersetzen und die Qualitätsförderungen bei den Printmedien, sowie bei den privaten Radio- und Fernseh Anbietern inkludieren soll

Die Höhe der Abgabe, so sagen Fachleute, könnte den derzeitigen Rundfunkgebühren entsprechen. Etwa 90 Prozent der Haushalte würden dasselbe zahlen wie bisher.

Der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) begrüßte eine Haushaltsabgabe gekoppelt mit einer Reform der Presseförderung.

Für Prof. Fritz Hausjell, Medienwissenschaftler an der UNI Wien, „macht eine Haushaltsabgabe mehrfach Sinn“, denn „sie brächte eine politikferne Finanzierung der Medien, vor allem wenn sie indexbezogen vereinbart wird“.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Eine sogenannte Haushaltsabgabe für den öffentlich rechtlichen Rundfunk gibt es (allerdings nur für ARD und ZDF) seit Anfang 2013 in Deutschland. Nach einer knappen, positiven Volksabstimmung (14. Juni 2015) wurde sie auch in der Schweiz eingeführt.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

6. Zusammenfassung und Forderungen

Der sechste der alljährlich von der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform vorgelegten Demokratiefbefunde brachte für den Berichtszeitraum Oktober 2015 bis Ende September 2016 folgende **Hauptergebnisse**:

- Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit gefühltem und tatsächlichem Stillstand, Reformstau und Blockadehaltungen hat leider neue Rekordwerte erreicht.
- Die Reform des Wahlrechts in Richtung stärkere Personalisierung, wie sie auch von der Bevölkerung gewünscht wird (laut OGM 2013 58 % für Direktwahl zu 33 % Parteienwahl), ist ausgeblieben. Die versprochenen Veränderungen beim Vorzugsstimmensystem wurden bisher nur für die EU-Wahlen vorgenommen, waren rein optischer Natur und blieben bislang völlig wirkungslos.
- Der versprochene Ausbau der direkten Demokratie – auch ein breiter Bevölkerungswunsch (laut OGM 2013 67 % bei wichtigen politischen Fragen) ist ebenfalls bislang ausgeblieben. Die Ergebnisse der Enquetekommission waren enttäuschend und müssen überdies erst umgesetzt werden.
- Der ORF befindet sich nach wie vor in der Geiselhaft von Regierung und Parteien.
- Die versprochene Lockerung des Amtsgeheimnisses und Stärkung der Transparenz bei Verwaltungsakten ist ebenso noch nicht erfolgt.
- Weder in der Bildungspolitik noch im Bereich der Verwaltungsreform konnten Blockade und Reformstau aufgelöst werden.

In diesem Sinne fordert die IMWD vom Nationalrat und von der Bundesregierung, nunmehr entschieden folgende **Initiativen** zu ergreifen:

- **Wahlrechtsreform in drei Stufen:**
 1. um jene Probleme zu beheben, die zur Aufhebung der Bundespräsidentenstichwahl durch den Verfassungsgerichtshof geführt haben, wobei die Briefwahl als ein wichtiges bürgerfreundliches Element gesehen wird, das grundsätzlich ausgebaut und vereinfacht und keinesfalls eingeschränkt und rückgebaut werden soll. Bei Ergebnisbekanntgabe sollten nach dem Muster der Schweiz und Deutschlands bereits die Briefwahlstimmen mitberücksichtigt werden. Die Problematik von verbotenen Bekanntgaben von Teilergebnissen und Hochrechnungen vor Schließen der letzten Wahllokale ist zu lösen. Insgesamt geht es um praxisnahe und sachgerechte Maßnahmen, die die Ausübung des geheimen und durch Dritte unbeeinflussten Wahlrechts sicherstellen. Die Abläufe sollten auch einfacher und weniger komplex – und damit weniger fehleranfällig – gestaltet werden, damit Rechtsverletzungen und in weiterer Folge auch Wahlwiederholungen vermieden werden. Auch die Möglichkeit eines vorgezogenen Wahltages (analog von Beispielen in Niederösterreich und der Steiermark) und des e-Votings sind zu prüfen;
 2. um ein von den BürgerInnen gewünschtes Persönlichkeitswahlrecht endlich zu realisieren;
 3. um durch entsprechende mehrheitsfördernde Elemente die Bildung einer arbeits- und entscheidungsfähigen Bundesregierung zu fördern.

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

- **Stärkung der direkten und partizipativen Demokratie – wenigstens Realisierung der Minimalergebnisse der parlamentarischen Enquetekommission mit vereinfachtem Zugang zu Volksbegehren und verpflichtenden Bürgerinformationen zu allen Initiativen der direkten Demokratie.**
- **In diesem Sinne Integration der brieflichen und digitalen Möglichkeiten in das demokratische System, z.B.: Onlinesammelsysteme und Briefabstimmungsmöglichkeiten für Bürgeranfragen, Petitionen, Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksabstimmungen und bei der europäischen Bürgerinitiative, verantwortungsbewusster Umgang mit Web 2.0-Demokratie, wie u.a. liquid democracy und open government.**
- **Beschlussfassung eines wirksamen Informationsfreiheitsgesetzes mit Schaffung eines Informationsbeauftragten und niedrigschwelligem Zugang zum Recht auf Information und Transparenz.**
- **Konzertierte Dialog- und Informationsoffensive zu Europafragen mit stärkerer Rolle des Parlaments.**
- **Generell Stärkung des Parlamentarismus.**
- **Einrichtung eines Demokratiebüros im Parlament, das Anlaufstelle der zivilgesellschaftlichen Initiativen ist und somit einen aktiven Beitrag zur Überbrückung der wachsenden Kluft zwischen WählerInnen und Gewählten leistet. Damit soll auch die Bedeutung des Parlaments als zentrales Forum der Demokratie Österreichs unterstrichen werden. Dieses Demokratiebüro sollte unabhängig agieren können, Veranstaltungen abhalten und zumindest einen alljährlichen Bericht präsentieren.**
- **Ausbau der innerparteilichen Demokratie mit Vorwahlen, Urabstimmungen, digitalen Diskussionsplattformen und damit Attraktivierung der Parteien als unverzichtbare Träger des demokratischen Prozesses.**
- **Verwirklichung der verfassungsrechtlich verbrieften Unabhängigkeit des ORF durch ein neues ORF-Gesetz und Einführung einer „Medienabgabe“ statt der Rundfunkgebühr.**
- **Fördernde Rahmenbedingungen zur Stärkung von Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien in Österreich, da diese systemrelevant für die Demokratie sind – Printmedien, private Radio- und TV-Anbieter, Internet, wobei österreichischer „Content“ und österreichische Wertschöpfung im Vordergrund stehen sollten, u.a. durch eine „Medienabgabe“.**
- **Intensivierung der politischen Bildung, deren Bedeutung durch die neuen digitalen Möglichkeiten und die zu erwartende stärkere Nutzung der Elemente der direkten und partizipativen Demokratie noch höheren Stellenwert erlangt**
- **Umsetzung der jahrzehntelang versprochenen und verschleppten Staats-, Verwaltungs- und Föderalismusreform – Reformföderalismus – Ländermitwirkung an der Bundesgesetzgebung (Bundesratsreform, Landtage, Landesregierungen). Erste Schritte zum „Einstieg in den Umstieg“ beim neu zu verhandelnden Finanzausgleich und in der „Umsetzungsgruppe“ von Bundeskanzler, Vizekanzler und Landeshauptleuten.**

DEMOKRATIEBEFUND 2016

INITIATIVE MEHRHEITSWAHLRECHT UND DEMOKRATIEREFORM

SEPTEMBER 2016

OGM

Österreichische Gesellschaft für Marketing

+43 1 50 650-0; Fax - 26

marketing@ogm.at

www.ogm.at

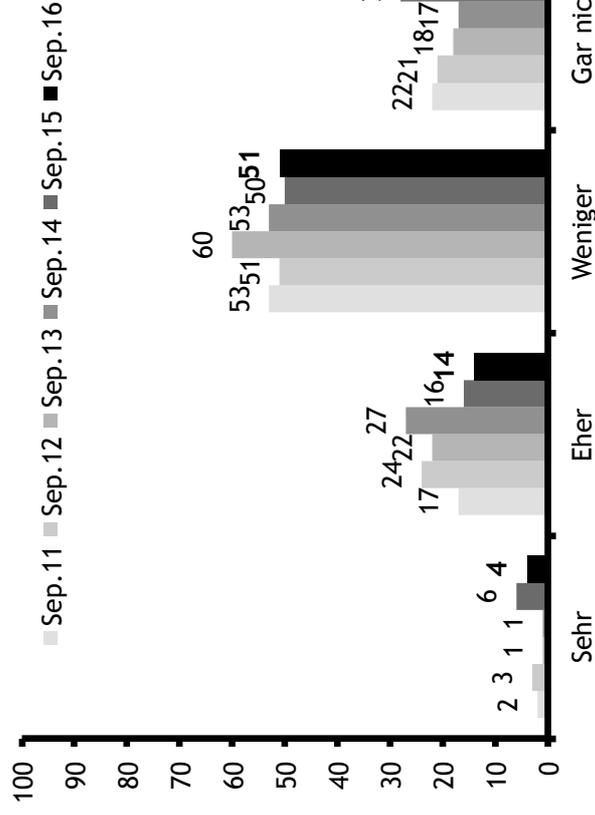
Zur Untersuchung

- ★ Auftraggeber: Initiative für Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform
- ★ Ausführende Institute: OGM Gesellschaft für Marketing, 1010 Wien
- ★ Zielgruppe: Wahlberechtigte Personen ab 16 Jahren
- ★ Stichprobengröße, -methode: 500 telefonische Interviews
- ★ Max. Schwankungsbreite: $\pm 4,5 \%$
- ★ Befragungszeitraum: 20. bis 22. September 2016

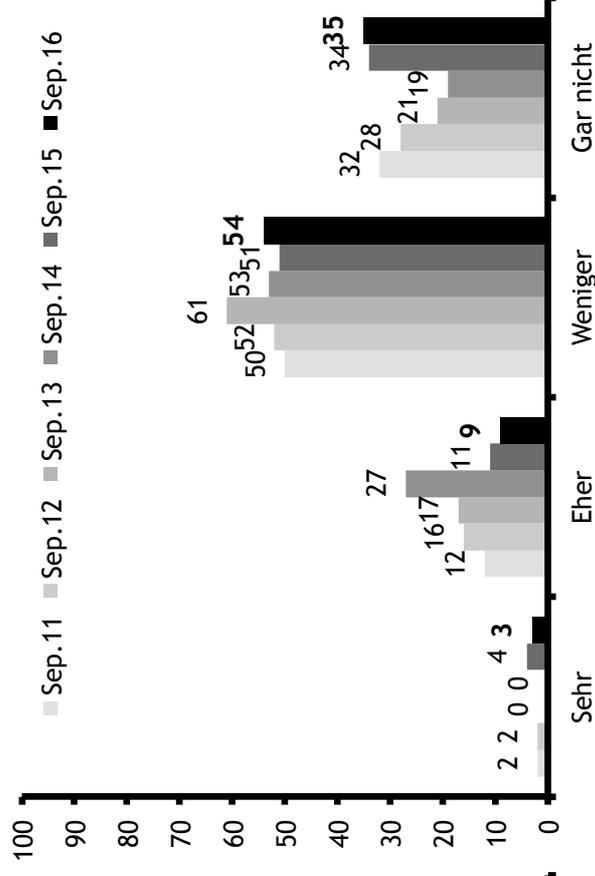
Vertrauen

(in Prozent)

Vertrauen in Politik?



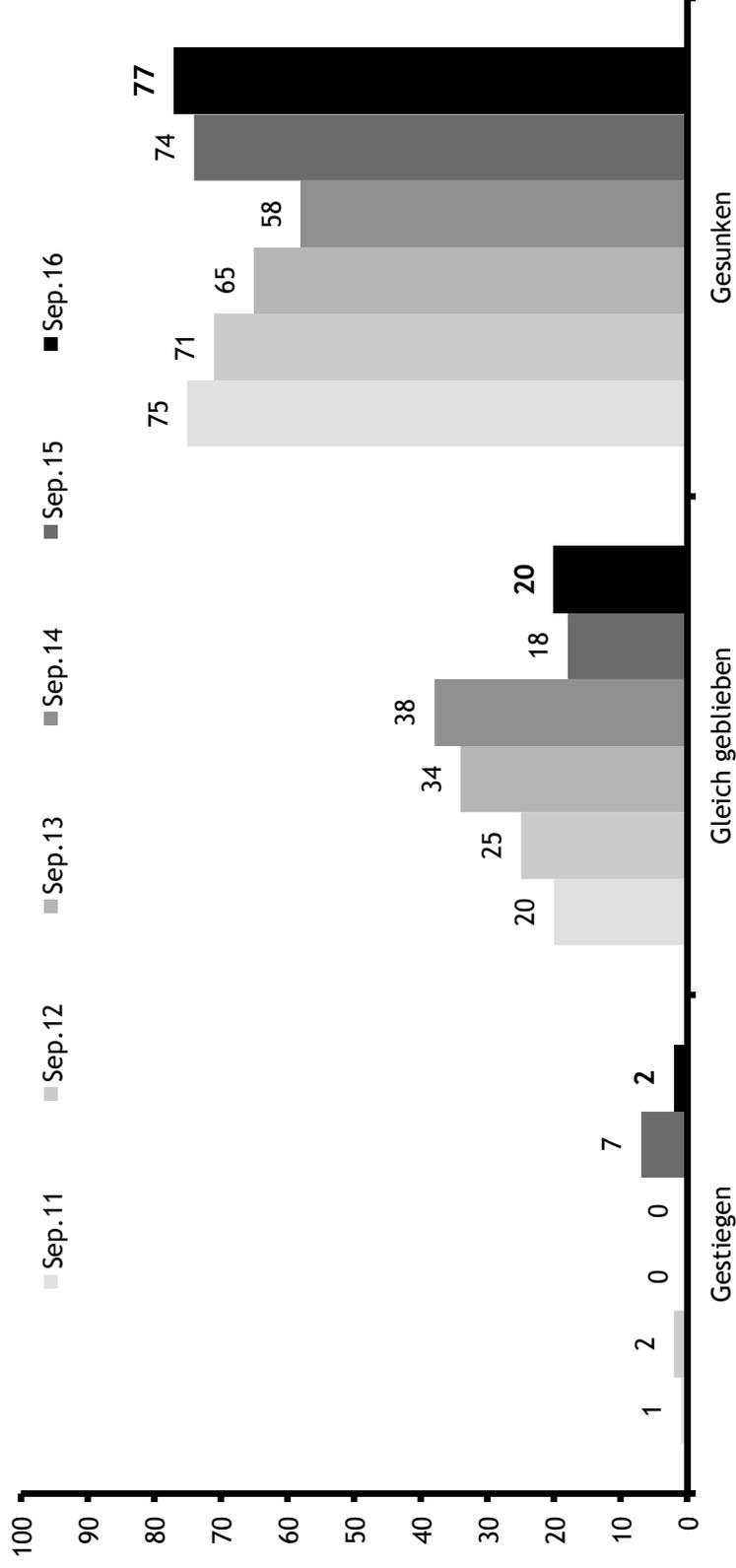
Vertrauen in PolitikerInnen?



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

Vertrauensverlust (in Prozent)

Vertrauen in Politik in den letzten 5 Jahren ...



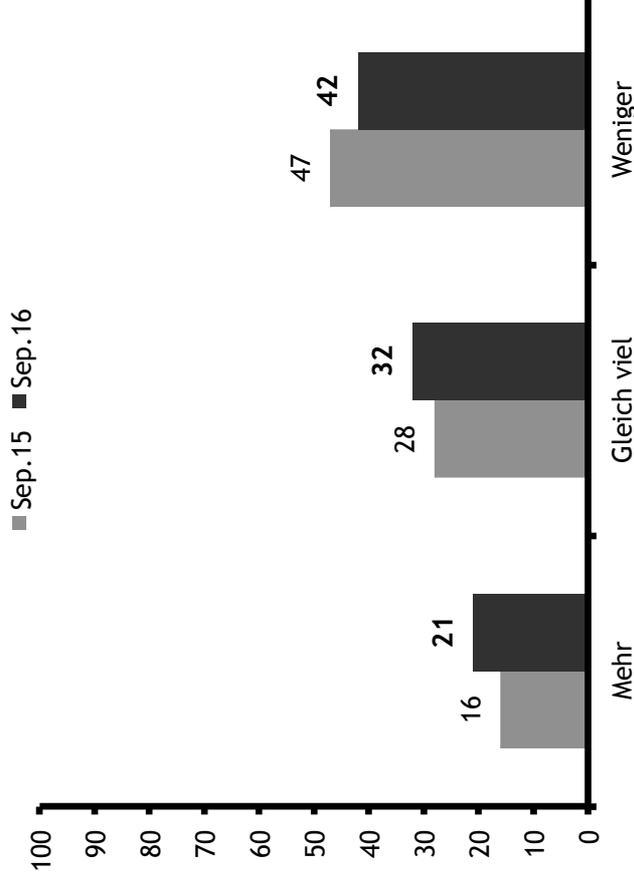
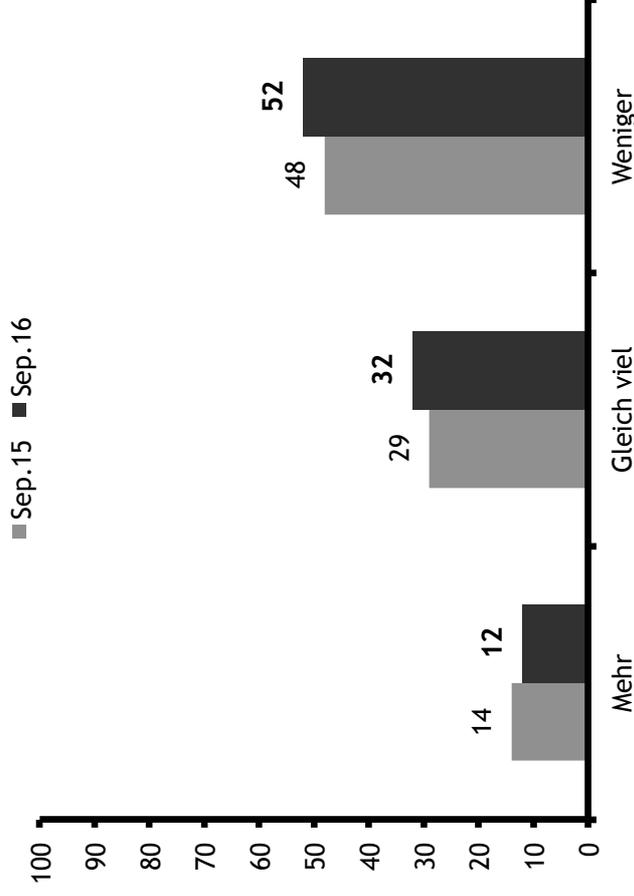
Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

Problemlösungskompetenz der Regierung

(in Prozent)

Hat die Bundesregierung im letzten Jahr mehr, weniger oder gleich viele Probleme zu lösen versucht?

Glauben Sie, dass die Regierung nächstes Jahr mehr, weniger oder gleich viele Probleme erfolgreich lösen wird?

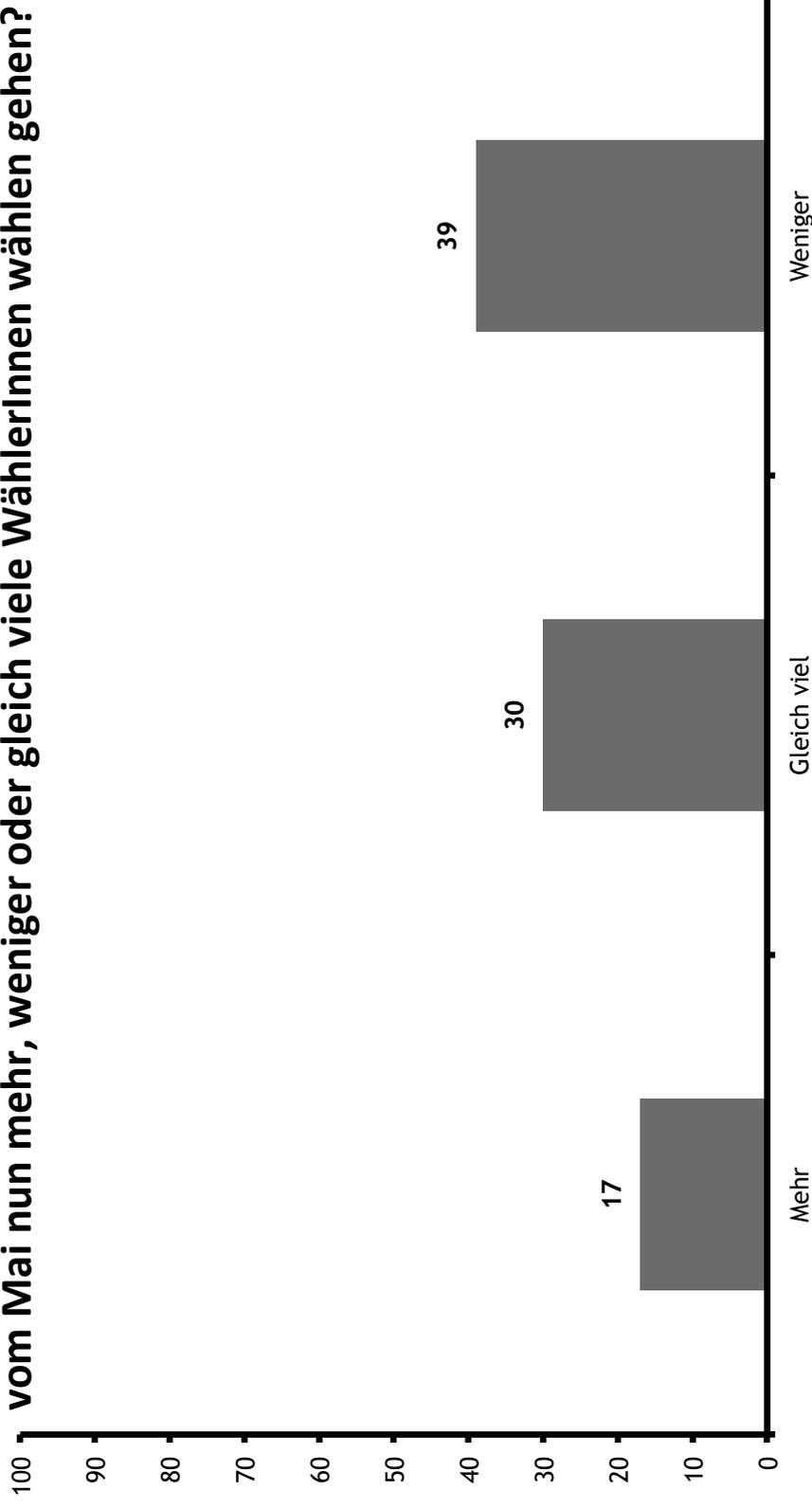


Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

Verschiebung Bundespräsidentenschaftswahl

(in Prozent)

Am 4. Dezember findet nun die Bundespräsidentenschaftswahl statt, nachdem sie verschoben wurde. Glauben Sie werden im Vergleich zur Stichwahl vom Mai nun mehr, weniger oder gleich viele WählerInnen wählen gehen?



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

7.2. ExpertInnenumfrage - Fragebogen

Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Befragung Demokratiebefund 2016

1. Wie beurteilen Sie den derzeitigen Zustand der Demokratie in Österreich (2016)? Bewerten Sie bitte nach dem Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 5 (nicht genügend).

	Sehr gut				Nicht genügend	keine Angabe/ weiß nicht
Insgesamt	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Auf Bundesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Auf Landesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Auf Gemeindeebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Demokratie auf europäischer Ebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

2. Ist Ihrer Ansicht nach der Zustand der Demokratie in den folgenden genannten Staaten im Vergleich zu Österreich besser oder schlechter?

	Viel besser als in Österreich				Viel schlechter als in Österreich	keine Angabe/ weiß nicht
Deutschland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Frankreich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Griechenland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Großbritannien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Italien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Spanien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Tschechien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ungarn	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
EU-Durchschnitt	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
China	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Russland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Schweiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Türkei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Polen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
USA	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

3. Ist der Zustand der Demokratie insgesamt in Österreich im letzten Jahr (seit Sommer 2015) bzw. in den letzten fünf Jahren besser oder schlechter geworden?

	Viel besser geworden				Viel schlechter geworden	keine Angabe/ weiß nicht
Im letzten Jahr	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
In den letzten fünf Jahren	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

4. Wie wird sich der Zustand der Demokratie in Österreich im Vergleich zu heute im nächsten Jahr bzw. in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

	Viel besser werden				Viel schlechter werden	keine Angabe/ weiß nicht
Im nächsten Jahr	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
In den nächsten fünf Jahren	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

5. Ist Ihrer Ansicht nach die Arbeit der Bundesregierung, des Parlaments bzw. der Justiz im letzten Jahr in Österreich besser oder schlechter geworden?

	Viel besser geworden				Viel schlechter geworden	keine Angabe/ weiß nicht
Bundesregierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Parlament	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

6. Wie bewerten Sie die österreichische Politik in den folgenden Themenbereichen? Bewerten Sie bitte nach dem Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 5 (nicht genügend).

	Sehr gut				Nicht genügend	keine Angabe/ weiß nicht
Budget	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Europa	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Föderalismusreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Pensionsreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung des Wirtschaftsstandorts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Digitalisierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Korruptionsbekämpfung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung der unabhängigen Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Gesundheit und Pflege	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Reform der Landesverteidigung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Umgang mit Bürgerinteressen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Geschlechtergleichstellung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Migration und Integration	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Bildung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Wissenschaft und Forschung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Klima- und Umweltschutz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

7. Auf welche drei Themen sollte die österreichische Politik im nächsten Jahr einen besonderen Schwerpunkt legen?

1.

2.

3.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

8. Welche Maßnahmen zur Demokratiereform halten Sie in Österreich für wichtig bzw. nicht wichtig?

	Sehr wichtig				Nicht wichtig	keine Angabe/ weiß nicht
Einführung eines Mehrheitswahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkere Personalisierung des Wahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung des Verhältniswahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausbau der direkten Demokratie	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Höhere Transparenz der Parteienfinanzierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Entpolitisierung des ORF	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausbau der politischen Bildung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Beschränkung der Funktionsperioden bei PolitikerInnen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung der unabhängigen Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der Landeshauptleute	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der BürgermeisterInnen in ganz Österreich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Terminliche Konzentration der verschiedenen Wahlen in Österreich auf einen „Superwahlsonntag“	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

9. Was betrachten Sie als die größten Gefahren und Probleme für die Demokratie in Österreich in den kommenden fünf Jahren?

1.

2.

3.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

10. Von welcher Regierungskonstellation erwarten Sie, dass sie den Zustand der Demokratie in Österreich verbessert bzw. verschlechtert, also am besten imstande ist, die großen Probleme zu meistern?

	Demokratie wird sehr verbessert				Demokratie wird sehr verschlechtert				keine Angabe/ weiß nicht
Alleinregierung einer Partei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Große Koalition“ aus SPÖ <u>und</u> ÖVP	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Kleine Koalition“ aus SPÖ <u>oder</u> ÖVP und einer anderen Partei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drei- oder Mehrparteienkoalition unter Einbeziehung von SPÖ <u>und</u> ÖVP	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drei- oder Mehrparteienkoalition mit SPÖ <u>oder</u> ÖVP und mehreren kleineren Parteien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allparteienkoalition	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation Österreichs bezogen auf Political Leadership?

	Sehr gut				Nicht genügend				keine Angabe/ weiß nicht
Insgesamt	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Bundesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Landesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Gemeindeebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf europäischer Ebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Parteilpolitische Opposition	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regierungsparteien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zivilgesellschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

12. Welche der folgenden Vorschläge, halten Sie für besonders zielführend, die Bedingungen für Political Leadership positiv zu beeinflussen?

	Besonders zielführend				Nicht zielführend		keine Angabe/ weiß nicht
Zeitliche Beschränkung („term limits“) für bestimmte, ausgewählte) Regierungsämter	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wiederwahlbeschränkungen für bestimmte politische Funktionen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gelebte Rücktrittskultur inklusive Comeback-Möglichkeiten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transparente Listenerstellung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Listenerstellung mit direkt-demokratischen Mitteln	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Persönlichkeitswahlkreise	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mehr politische Institutionen (wie Landeshauptleute od. BürgermeisterInnen) sollten direkt wählbar sein	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Revolving-Door Regeln für Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft erstellen (Übergangsfristen, Unvereinbarkeiten...)	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gender-Mainstreaming (z.B. verpflichtende Mindestquoten)	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fortbildungsangebote für PolitikerInnen auch jenseits von Parteiakademien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frühere und qualitativ bessere politische Bildung an Schulen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gut ausgebildete JournalistInnen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mehr und bessere Beteiligungsmöglichkeiten für Parteiunabhängige bieten (z.B. Wahlbeisitz)	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

13. Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Political Leadership?

	Hoher Handlungsbedarf				Kein Handlungsbedarf	keine Angabe/weiß nicht
Interne Reform der politischen Parteien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Bewusstsein für persönliche Verantwortung der PolitikerInnen fördern	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Durchlässigkeit der Politik (für „QuereinsteigerInnen“, auch „AussteigerInnen“) zu erhöhen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Unabhängigkeit der Medien schützen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Gleichstellung (sowohl nach Gender, als auch soziale Herkunft, Minderheiten...) fördern	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Mehr Möglichkeiten der BürgerInnenbeteiligung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung inner- und außerparlamentarischer Oppositionsrechte	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Größere Handlungsspielräume für EntscheidungsträgerInnen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
unabhängige Justiz gewährleisten	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Gesellschaftspolitischen Diskurs fördern	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Social Media (Facebook, Twitter ...) rechtlich besser erfassen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

14. Wie sehr würden Sie folgenden Aussagen zustimmen?

	Stimme sehr zu				Stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe/ weiß nicht
Für PolitikerInnen ist „Abwahl“ auch eine Chance (und nicht nur eine „Niederlage“)	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Begrenzung von Amtszeiten und Wiederwahlmöglichkeiten sollten die PolitikerInnen als etwas Positives sehen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Einzelne "schwarze Schafe" schädigen den Ruf der gesamten politischen Klasse, insofern ist eine strenge Korruptionsbekämpfung auch gerade im Interesse und zum Schutz von PolitikerInnen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Für Demokratiequalität ist die Abwahl von PolitikerInnen entscheidend	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Größere Diversität in politischen Funktionen, sowohl was Gender, als auch soziale Herkunft, Minderheiten ... angeht, trägt zu mehr Demokratiequalität bei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Demokratiequalität erhöht sich, wenn Amtszeiten und Wiederwahlmöglichkeiten begrenzt sind	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

15. Im Juni 2016 stimmte eine Mehrheit der Briten für den sogenannten „Brexit“. Wird der Austritt des Vereinigten Königreichs die demokratiepolitische Entwicklung Europas verbessern oder verschlechtern?

	wird sehr verbessert				wird sehr verschlechtert	keine Angabe/ weiß nicht
demokratiepolitische Entwicklung Europas	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

16. Die Bundespräsidentenwahl 2016 und insbesondere die Anfechtung bzw. Aufhebung der Stichwahl waren wesentliche politische Themen in Österreich.

	Sehr vermehrt				Sehr verringert	keine Angabe/ weiß nicht
Hat die Bundespräsidentenwahl 2016 das politische Interesse der Bürger in Österreich vermehrt oder verringert?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
	Sehr erhöht				Sehr gesenkt	keine Angabe/ weiß nicht
Hat die Bundespräsidentenwahl 2016 die Politikverdrossenheit in Österreich erhöht oder gesenkt?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
	Sehr positiv				Sehr negativ	keine Angabe/ weiß nicht
Hat die Wiederholung der Stichwahl aus demokratiepolitischer Sicht eine positive oder negative Wirkung?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

17. Ein besonderes Thema bei der Bundespräsidentenwahl 2016 war die Briefwahl.

	Sehr gut				Sehr schlecht	keine Angabe/ weiß nicht
Ist die Briefwahl in Österreich grundsätzlich eine gute oder eine schlechte Einrichtung?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
	Starker Ausbau / Erleichterung				Starke Einschränkung / Erschwerung	keine Angabe/ weiß nicht
Soll bei einer Reform der Briefwahl die Möglichkeit der Briefwahl ausgebaut bzw. erleichtert oder eingeschränkt bzw. erschwert werden?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

18. Besonders diskutiert wird auch die Funktion der Wahlbeisitzer bzw. der Vorgang der Stimmenauszählung.

	Sehr gut				Sehr schlecht	keine Angabe/ weiß nicht
Ist die Überwachung der Wahl und die Auszählung der Stimmen durch ehrenamtliche, von den wahlwerbenden Parteien nominierte Wahlbeisitzer grundsätzlich eine gute oder eine schlechte Einrichtung?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ist eine Verpflichtung der Bürger, als Wahlbeisitzer zu fungieren (wie im Schöffensystem), eine gute oder eine schlechte Reformidee?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ist eine öffentliche Auszählung der Stimmen (wie in Deutschland) eine gute oder eine schlechte Reformidee?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Abschließend dürfen wir Sie um ein paar statistische Daten bitten:

I männlich weiblich

II unter 30 Jahre 30 – 49 Jahre 50 Jahre oder mehr

III Welcher Gruppe würden Sie sich am stärksten zuordnen?

- Journalismus
- Wissenschaft
- Wirtschaft
- Interessenvertretung
- Zivilgesellschaft

Die Antworten werden ausschließlich statistisch verwertet und in jedem Fall streng vertraulich behandelt. Die Auswertung der Fragebögen wird wissenschaftlichen Qualitätskriterien folgen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Von der ÖVP durchgesetzt: Neue Regeln im österreichischen Parlament für mehr Transparenz und Rechtssicherheit



Im österreichischen Parlament wurden neue Regeln für die Einsetzung und die Durchführung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vereinbart. Dadurch wurden Kontrollrechte – insbesondere die Minderheitenrechte – des Nationalrates gegenüber der Vollziehung des Bundes weiter ausgebaut und ein rechtsstaatliches Verfahren sichergestellt. Minderheitenrechte in Österreich sind stärker als in Deutschland und in vielen weiteren Parlamenten. So bestehen in Österreich beispielsweise großzügige Regelungen hinsichtlich der Unterstützung von Anträgen, Dringlichen Anfragen, Durchführung von Aktuellen Stunden sowie die Einberufung von Sondersitzungen des Nationalrates.

Die wichtigsten Neuerungen:

1. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als Minderheitenrecht:

Ein Viertel der Abgeordneten zum Nationalrat kann einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Innerhalb von acht Wochen ist dem nachzukommen.

2. Verfahrensrichter eingesetzt:

Dieser führt die Erstbefragung durch, kann ergänzende Fragen an die Auskunftspersonen richten und ist bei allen Sitzungen mit beratender Stimme anwesend. Dies trägt zur Rechtskonformität und Kontinuität des Verfahrens maßgeblich bei. Am Ende des Untersuchungsausschusses erstellt der Verfahrensrichter einen Entwurf für den Bericht.

Für die ÖVP, insbesondere den ÖVP-Parlamentsklub und Klubobmann Dr. Reinhold Lopátka ist das ein Schritt hin zu mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit!

Dr. Reinhold Lopátka
Klubobmann ÖVP-Parlamentsklub

Die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform legt seit 2011 alljährlich rund um den österreichischen Verfassungstag (am 1. Oktober 1920 trat die Bundesverfassung in Kraft) ihren Demokratiebefund vor, in dem Entwicklungen und Perspektiven der österreichischen Demokratie analysiert und konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform wurde als zivilgesellschaftlicher Verein 2008 ins Leben gerufen und hat eine Vitalisierung der Demokratie zum Ziel. Sprecher der Initiative ist Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser.

Nähere Informationen unter
www.mehrheitswahl.at bzw.
www.demokratie-reform.at

Hier sind auch sämtliche Demokratiebefunde seit 2011 und Dokumente der Initiative seit 2008 abrufbar.

Kontakt : office@mehrheitswahl.at

Impressum: Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform, Traungasse 1/Top 66 1030 Wien, www.mehrheitswahl.at, office@mehrheitswahl.at

Für den Inhalt verantwortlich:
Prof. Herwig Hösele

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht
und **D**emokratiereform